

REALSCHULE IN RHEINLAND-PFALZ

VDR

2/2011

48. Jahrgang
ISSN 1430-8851



Realschule plus!

Realschule plus?





Provinzpolitik

so charakterisierte der Politikwissenschaftler, Theologe und Journalist Dr. Franz Alt die jüngste Zeit vor den Landtagswahlen. Was zunächst recht arrogant daherkam, bewies sich leider schnell durch die aktuelle Weltkrisenlage. Parallel zum brodelnden Kessel in Afrika finden in Japan mehrere Katastrophen gleichzeitig statt: zerstörte Infrastruktur, Krankheit und schleichender Tod.

Nach den Wahlerfolgen in Sachsen-Anhalt erklärte Grünen-Bundeschefin Roth noch, dass die japanische Katastrophe keine entscheidende Rolle gespielt hätte, nur eine Woche später stellten sie und die rheinland-pfälzische grüne Doppelspitze fest, dass die Atompolitik besonders vor dem Hintergrund des unbeherrschbaren Unglücks mobilisierte. Damit haben sie Recht: die Wahlbeteiligung stieg erfreulich und in der Wahlachse bekannten sich viele Wähler genau zu diesem Beweggrund für ihre grünen Kreuzchen.

In Rheinland-Pfalz muss Kernenergie nicht mehr abgeschaltet werden, sodass sich die in den Landtag zurückkehrenden Grünen auf ihren „sozial-ökologischen Aufbruch mit mehr Bürgerbeteiligung“ konzentrieren können.

Wer schon im Wahlkampf von Kurt Beck als "sehr vernünftig" gelobt und vom Wähler zum "Zünglein an der Waage" bestellt wurde, der kann die Preise hochtreiben. Entsprechend stellte Eveline Lemke unmittelbar nach dem satten Stimmengewinn fest: „Wir können und werden ausloten und hart verhandeln. Wir werden nichts verschenken!“

Die am Wahlabend von Kurt Beck mit verbreitete Botschaft „Wir haben gute Chancen, in Rheinland-Pfalz die Zukunft zu gestalten.“, wird sich noch beweisen müssen. Der rot-grüne Flirt wird sich schnell zu einer Beziehung entwickeln, die auch vor der Schulpolitik nicht Halt machen wird:

Für Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrerinnen und Lehrer ist vor allem wichtig, dass sich die schulischen Rahmenbedingungen verbessern.

In einem Gespräch mit der dbb-Landesleitung am 19. Oktober 2010 in Mainz betonten die Grünen-Spitzenkandidaten Daniel Köbler und Eveline Lemke, dass sie insbesondere im Bildungsbereich die "demografische Rendite" der kommenden Jahre gerne in einen besseren Personalschlüssel investiert sähen.

Im SPD-Regierungsprogramm 2011 – 2016 ist zu lesen: „Zur Verbesserung der pädagogischen Qualität wollen wir die demografische Dividende nutzen. Somit verbessern wir stetig die Rahmenbedingungen für Schule, Ausbildung, Beruf und Universität.“

Der VDR wird aufmerksam und kritisch verfolgen, ob und wie die Wahlversprechungen umgesetzt werden.

Freundlichst Ihre

Impressum

Herausgeber

VDR

Verband Deutscher Realschullehrer
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
55116 Mainz

Landesvorsitzender

Bernd Karst
Grolsheimer Weg 5
55411 Bingen
Tel. 0 67 21 / 99 49 99
Fax 0 67 21 / 99 49 98
E-Mail
karst.bernd@vdr-rlp.de

Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Martin Radigk
Nachtigallenweg 55
67346 Speyer
Tel. 0 62 32 / 4 04 44
Fax 0 62 32 / 1 21 33 18
E-Mail
Landeskassierer@vdr-rlp.de

Chefredakteurin

Christiane Lehmann
Grüner Weg 7
56323 Waldesch
Tel. 0 26 28 / 81 68
E-Mail
lehmann.christiane@vdr-rlp.de

Internet Adresse

<http://www.realschule-vdr.de>

Layout

Mediengestaltung Nehring
Lohrweg 48
56218 Mülheim-Kärlich
E-Mail
roland.nehring@web.de

Druck

Görres-Druckerei und Verlag GmbH,
Koblenz

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Ein kleiner Regierungswechsel?

Kurt Beck und seine SPD dürfen weiterregieren. Diesmal allerdings wieder mit einem Koalitionspartner. Völlig überraschen kann das Wahlergebnis vom 27. März nicht – um so weniger vor dem Hintergrund der apokalyptischen Bilder aus Japan. Aber die Sozialdemokraten hatten unabhängig davon schon lange einkalkuliert, ihre absolute Mehrheit zu verlieren. De facto steht nun zumindest ein „kleiner Regierungswechsel“ bevor.

Spannend bleibt die Frage, wie sich die angekündigte rot-grüne Koalition etabliert – inhaltlich und personell. Im Bildungsministerium lässt sich Landespolitik machen. Ministerin Ahnen äußerte im Interview mit dem VDR: „Ich habe noch eine Menge Ideen und würde meine Tätigkeit deshalb gerne fortsetzen.“ (Die Realschule in RLP, Ausgabe 1/2011, S. 6)

Spannend ist die Frage, in welcher Ausprägung sich die durch die SPD-Alleinregierung installierte Realschule plus in der künftigen Koalition weiterentwickeln wird. Die Grünen fordern „Reformen von unten“. Was wird dabei herauskommen? Eine neue Schulform?

Mit Spannung erwarten wir die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. In ihr wird sich offen-

baren, inwieweit die bildungspolitischen Bekenntnisse der SPD vor der Wahl mit den programmatischen Aussagen nach der Wahl deckungsgleich sind.

Zugesichert hat die SPD (vgl. „Wahlprüfsteine“ in unserer Ausgabe 1/2011):

- „Die Realschule plus ist (...) kein Sparpaket. Ich möchte den begonnenen Weg weitergehen und die guten Perspektiven beispielsweise der Fachoberschule nutzen.“ (Ministerin Doris Ahnen, S. 5)
- „Wir bleiben bei einem vielschichtigen Schulsystem in Rheinland-Pfalz. Wir haben das differenzierteste Schulsystem in ganz Deutschland mit vielen Möglichkeiten.“ (Ministerpräsident Kurt Beck S. 15)
- „Wir werden den betroffenen Schulen und Schulträgern Zeit geben, um die Schulstrukturreform sorgsam und in Ruhe abzuschließen.“ (SPD, S. 16)
- „Der Beamtenstatus hat sich bewährt. Wir planen daher keinerlei Veränderungen.“ (SPD, S. 29)



Bernd Karst, VDR-Landesvorsitzender

- „Die Dienstrechtsreform hat u. a. die Intention, Lehrkräfte durch verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten in den Lehrämtern, in denen es bislang kein funktionsloses Beförderungssamt gab, zu motivieren.“ (SPD, S. 29)

Die Wähler haben sich für einen „kleinen Regierungswechsel“ entschieden. Wie groß er sein wird, das wird sich am Ende der Koalitionsverhandlungen zeigen. Die Grünen hatten bereits im Wahlkampf selbstbewusst angekündigt, dass sie sich als „starker Koalitionspartner“ verstehen. Das Ringen um Inhalte und Posten kann beginnen. Hoffentlich auch mit Blick auf eine vernünftige Schulpolitik.

Bernd Karst
VDR Landesvorsitzender

Der VDR-Landesvorstand wünscht Ihnen und Ihren Familien ein frohes, gesegnetes Osterfest und erholsame Ferien.

3. Fachkongress des VDR am 17. März 2011 in Ingelheim „Schule – was ist das?“

Mehr als 120 Gäste konnte VDR-Vorstandsmitglied Timo Lichtenthäler zum dritten Fachkongress Realschule plus begrüßen: zahlreiche VDR-Kolleginnen und -Kollegen sowie führende Vertreter aus den rheinland-pfälzischen Bildungsinstitutionen. Namentlich aus dem Bildungsministerium Frau Staatsministerin Doris Ahnen, Herrn Hartmut Fischer, Herrn Herbert Petri und Herrn Bernd Weirauch. Von der ADD Frau Eva Caron-Petry und Frau Antje Petri-Burger, die Herren Thomas Bartholomé, Thomas Hirsch, Tilbert Müller und Ralf Schaubhut. Herrn Rudolf Funken von der AQS sowie von den Studienseminaren Herrn Klaus Langer und Herrn Martin Rathay. Den Landeselternbeiratsvorsitzenden Rudolf Merod und Frau Marion Berres, im Landeselternbeirat zuständig für die Realschulen plus. Den Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Schule/Wirtschaft Herrn Dr. Dirk Hannowsky. Von der Universität Bielefeld Herrn Professor Dr. Rainer Dollase, der im Laufe des Tages das Kongressthemas „Schule – was ist das?“ aus wissenschaftlichem Blickwinkel thematisierte. Besonders begrüßte und dankte Timo Lichtenthäler auch dem Hausherrn und Direktor der Fridjof-Nansen-Akademie Ingelheim, Herrn Florian Pfeil.



Timo Lichtenthäler eröffnet den 3. VDR- Fachkongress Realschule plus

Bildung ist das, was übrigbleibt ... Ansprache des Landesvorsitzenden Bernd Karst

„Bildung ist das, was übrigbleibt, wenn der letzte Dollar weg ist“, sagt Mark Twain.

In von Finanzkrisen und Naturkatastrophen geprägten Zeiten, in denen eventuell vorhandene Ersparnisse und Immobilien bedroht sind, wird besonders deutlich, dass dieses Zitat des amerikanischen Schriftstellers einen zeitlosen Wahrheitsgehalt besitzt. „Bildung ist das, was übrigbleibt, wenn der letzte Dollar weg ist!“ Eltern ermahnen daher ihre Kinder, und Lehrer ihre Schüler, – gelegentlich sogar erfolgreich –, dass sie doch tunlichst mehr für die Schule, mehr für ihre Bildung tun sollten. Schließlich könne einem das, was man gelernt habe, nicht mehr weggenommen werden.

Inflationäre Fusionen machen die Schulen pädagogisch ineffizient

Die Landesregierung hat viel an der Schule in Rheinland-Pfalz getan, ihr Tun stieß allerdings nicht auf ungeteilte Begeisterung. Ein Teil des Aufwandes



Bernd Karst, VDR-Landesvorsitzender, hält die Grundsatzrede zum 3. VDR-Fachkongress Realschule plus

war verzichtbar. Bereits heute gibt es deutliche Belege dafür, dass sich der radikale Einschnitt, den die Schulstrukturänderung bewirkte, vielerorts nicht auszahlen wird. Im Gegenteil. Bereits

vor dem Jahr 2013, das den zeitlichen Endpunkt der Strukturänderung markiert, haben manche neu gegründeten Realschulen plus echte Existenzprobleme. So wird sich dort leider bald herausstellen, dass sich die als Mindestgröße vorgegebene Dreizügigkeit der Realschule plus flächendeckend nicht durchhalten lässt. Einige Realschulen plus hatten in der Optionsphase, also vor und mit Beginn ihrer Errichtung mit letztem Atem die Schülervorgabe 51 erreicht. Absehbar war aber bereits damals, dass diese Schülerzahl künftig nicht mehr erreicht würde. Was heißt das perspektivisch für diese Schulen? Auflösung und Neufusion? – Wer soll diese Kraft aufbringen? Inflationäre Fusionen, also die ständige Überführung kleinerer Systeme in nächst größere Systeme, halten Steuergruppen lebendig und machen Schulen pädagogisch ineffizient. Zugegeben: Die Reduzierung der Klassenmesszahlen in der Orientierungsstufe, die Schaffung von Koordinatorenstellen oder die Einrichtung einer Fachoberschule sind positive



Mit vielen anderen VDR-Mitgliedern fordern Gudrun Deck und Monika Weis-Müller bessere pädagogische Rahmenbedingungen

haben –, welchen Stellenwert die anderen Schularten in diesem System noch besitzen. Wie ist es um das Engagement der Parteien zum Beispiel für die Realschule plus bestellt? Die einseitige Fokussierung auf das Gymnasium bewirkt einen Bumerangeffekt. Wer ausschließlich die bildungspolitische Aufmerksamkeit auf das Gymnasium richtet, der verhindert nicht, sondern der fördert die Entwicklung in Richtung „Einheitsschule“, weil Eltern – der einseitig positiven Botschaft folgend – ihre Kinder dann nur noch am Gymnasium und nirgendwo anders anmelden werden. Und bereits heute darf sich auch der Philologenverband fragen: „Gymnasium – was ist das?“

Wir stellen seit vielen Jahren einen Austausch der Schülerpopulation fest. Das Gymnasium beschult zunehmend auch jene Schülerinnen und Schüler, die nicht einmal das Leistungsvermögen früherer Realschüler erreichen. Und so erfreulich die verstärkt adaptive Pädagogik des Gymnasiums auch sein mag, so stellt sich doch die Frage, ob diese Schulart ihrem originären Auftrag noch entspricht, wenn sie die Mehrheit der Schülerschaft eines Jahrgangs beschult. Wir brauchen folglich neben dem Gymnasium gleichwertige Schularten. Die Realschule plus muss sich – in welcher Ausprägung auch immer, beispielsweise durch zusätzliche Oberstufenangebote mit Fachabitur und allgemeiner Hochschulreife – systematisch weiterentwickeln.

Die Wirtschaft wird getragen von Schulabgängern außerhalb des Gymnasiums

Die Wirtschaft, auch in Rheinland-Pfalz, wird getragen vom Mittelstand, von Betrieben und Berufsschulen, die eine hervorragende duale Ausbildung gewährleisten. Die Wirtschaft wird vorzugsweise gestärkt durch Schulabgänger außerhalb gymnasialer Bildungseinrichtungen. Die Einteilung der Schülerschaft in eine ‘business class’ und eine ‘economy class’ ist sozial unverträglich und wirtschaftlich schädlich. Wer Disparitäten zulässt, wer einseitig Schularten begünstigt, der provoziert den radikalen Systemwechsel in Richtung „Einheitsschule“, weil dort – so die naive Vorstellung – die vermeintlichen Vorteile des einen Systems und die Nachteile der anderen Systeme scheinbar egalisiert werden.

Der Leistungsgedanke darf auch an der Realschule plus nicht verloren gehen

Zurück zur Realschule plus:

Zur Auswahl standen und stehen bekanntlich die kooperative und integrative Realschule plus. Die Organisationsfrage wurde und wird kontrovers diskutiert – auch abhängig von den demografischen und politischen Bedingungen vor Ort. Der VDR wird keine zermürbende Realschul-Strukturfrage entfachen. Damit würden wir der Schulart Realschule plus keinen Gefallen tun.

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang allerdings die Empfehlung, sich nicht völlig der häufig euphorisch propagierten Vorstellung anzuschließen, jeder Schüler – ob leistungsstark oder leistungsschwach – werde allein bei geschicktem Umgang mit Heterogenität und Binnendifferenzierung subjektiv erfolgreich.

Unsere Schülerinnen und Schüler – ob an kooperativen oder an integrativen Realschulen – haben einen hohen Förderbedarf mit vielfältigen Differenzierungsangeboten. Die aktuell zur Verfügung stehenden Stundenkontingente reichen bei Weitem nicht aus, eine individuelle Förderung angemessen sicher zu stellen. Der Leistungsgedanke darf auch an der Realschule plus nicht verloren gehen: Kleine Klassen bis zum Schulabschluss, Förderunterricht in homogenen Gruppen, anspruchsvolle Lehrbücher sowie motivierte Lehrkräfte sind die Prämissen der Realschule plus.

Wo sind die Pluspunkte für die Lehrerinnen und Lehrer?

Die Bildungsministerin behauptet, die neue Struktur biete eine ganze Reihe von Pluspunkten für die Schülerinnen, Schüler und Eltern durch mehr Förder- und Aufstiegschancen und klare Optionen nach der Grundschule sowie Pluspunkte für die Schulträger. Für den VDR stellt sich aber auch die Frage: Wo sind die Pluspunkte für die Lehrerinnen und Lehrer? Welche neuen Perspektiven haben diejenigen, die – nolens volens – voll in den Umstrukturierungsprozess eingebunden werden und nun an vorderster Stelle die neue Schulstruktur zum Erfolg führen sollen? Wie – und von wem – werden sie motiviert? Welche Entwicklungen werden auf die Lehrkräfte zukommen? Eine Landesregierung, die Lehrerinnen und Lehrer ständig mit zusätzlichen Aufgaben beschäftigt, seien sie nun einmal sinnvoll oder nicht, muss sehr wohl auch darauf achten, dass das Gefüge nicht zerstört wird.

Nach wie vor: „Ein kräftiges PLUS muss her!“

Die Rahmenbedingungen für die Realschule und die Realschule plus sind bislang noch unzureichend. Daher sagen wir: „Ein kräftiges Plus muss her!“ Für das „kräftige Plus“ möchte ich zu den bereits genannten Beispielen wei-

tere Beispiele anfügen:

1. Die Senkung der Klassenmesszahlen auf 25 Schülerinnen und Schüler in der künftig gemeinsamen Orientierungsstufe stellt für große Schulen eine Verbesserung dar. Allerdings sei auch daran erinnert: Kinder in der Hauptschule und an kleinen Realschulen saßen bereits früher in Klassen mit de facto geringerer Gruppenstärke.
2. Unsere Anschlussforderung an die Gegebenheiten der Orientierungsstufe lautet: Die Klassenmesszahlen für die Klassen 7 bis 10 sind auf höchstens 25, im Berufsreifebildungsgang auf 20 Schülerinnen und Schüler zu begrenzen.

Die Senkung der Klassenmesszahlen hat, das ergab eine breit angelegte VDR-Mitgliederbefragung, für die Lehrerinnen und Lehrer mit den höchsten Stellenwert. Vor dem Hintergrund, dass die pädagogischen Rahmenbedingungen an der Realschule plus wesentlich ungünstiger sind als an Gymnasien und Gesamtschulen, war der Nachteilsausgleich gegenüber diesen Systemen durch eine verbesserte Klassenmesszahl in der Orientierungsstufe notwendig und gerecht.

Wir begrüßen neidlos die Verbesserung der Klassenmesszahlen an anderen Schularten, fragen uns allerdings, wo der Nachteilsausgleich unserer Schulart in den Klassenstufen 7 bis 10 Berücksichtigung findet – zumal die Klassen der Realschule plus, bedingt durch den möglichen Schulwechsel von Schülern aus dem Gymnasium, innerhalb des Schuljahrs, größer und die des Gymnasiums entsprechend

kleiner werden. Kleinere Klassen verbessern die individuelle Förderung. In 30-er Klassen, zumal im Berufsreifebildungsgang, ist eine individuelle Förderung unter den veränderten pädagogischen Bedingungen nicht möglich.

3. Die Begleitung der Schule durch Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter muss an allen Schulen sichergestellt werden.
4. Die individuelle Förderung muss gesichert bleiben. Wir fordern die Möglichkeit der Fachleistungsdifferenzierung auch in der Orientierungsstufe, zumindest in den Kernfächern Deutsch, Englisch und Mathematik.
5. Dass sich die Realschule plus mit der Fachoberschule als durchgängiger Bildungsgang darstellt, der auf direktem Weg ohne Schulwechsel zur Fachhochschulreife führt, ist ein tatsächliches Plus. Deshalb muss die Fachoberschule als Kl. 11 und 12 an allen Standorten eingerichtet werden, an denen dauerhaft mit einer ausreichenden Zahl von Interessenten gerechnet werden kann. Anerkennung verdient die Konsequenz, mit der die FOS als durchgängigen Bildungsgang unmissverständlich an der Realschule plus lokalisiert wird. An der großen Resonanz auf das neue FOS-Bildungsangebot haben wir nie gezweifelt. Schließlich fordert der VDR seit Jahrzehnten einen direkten Hochschulzugang für Realschulabsolventen.

Wir bedauern allerdings, dass unter den zwölf Fachoberschulen, die nun definitiv zum 1. August 2011 an den

Start gehen, keine einzige in einer großen Stadt zu finden ist. Dabei könnten die Akzeptanzprobleme der Realschule plus, die es in städtischen Ballungsräumen z.T. noch gibt, dadurch überwunden werden, dass man mit einer FOS die Aufstiegsorientierung dieser Schulart dokumentiert. Der aufstiegsorientierte Weg der Realschule plus muss fortgesetzt werden. In logischer Konsequenz bietet sich der Ausbau der Oberstufe auf drei Klassen von 11 bis 13 an.

6. Die Halbwertszeit der bestehenden Pädagogik wird ständig verkürzt. Daher sind Steuergruppen, die die schulische Weiterentwicklung in Gang setzen, in der Schule zu fest installierten Gremien, quasi zu einer Dauereinrichtung geworden. Die Steuergruppenarbeit, die weit über das alltägliche Kerngeschäft hinausgeht, muss daher – in welcher Form auch immer – angemessen honoriert werden. Die Lehrkräfte, die sich hier engagieren, gehören schließlich zu den Leistungsträgern der Schule.

Schule – was ist sie uns wert?

Zusammenfassend möchte ich deutlich machen, dass es zusätzlicher Mittel bedarf, um die größere Bandbreite von Begabungen sachgerecht und individuell zu fördern und dass es ebenso zusätzlicher Mittel bedarf, um die Wahrnehmung der vielfältigen neuen Aufgaben zu ermöglichen.

Die Antwort auf die scheinbar einfache Frage: „Schule – was ist das?“ hängt daher in hohem Maße auch von der Beantwortung der übergeordneten Grundsatzfrage ab: „Schule – was ist sie uns wert?“



Kritisch-aufmerksame Zuhörerschaft beim 3. VDR- Fachkongress Realschule plus: Administration, Kollegen und Kolleginnen

Ministerin Ahnen auf dem 3. VDR-Fachkongress Realschule plus: Positives Echo für Bildungspolitik aus der Wirtschaft

Ministerin Ahnen machte eingangs deutlich, dass in Rheinland-Pfalz (RLP) die Bildungspolitik eine große Rolle spiele. Der Bildungsbereich habe trotz Sparauflagen einen Zuwachs im Landeshaushalt erfahren. Auch in Zukunft werde in Bildung investiert mit der Zielsetzung, sozialen Aufstieg zu ermöglichen.

Den Erfolg rheinland-pfälzischer Bildungspolitik belege auch der nationale Schulleistungs-Vergleich. RLP stehe deutlich besser da als vor 10 Jahren und inzwischen „auf dem Treppchen“.

Positives Echo komme auch aus der Wirtschaft, und das, obgleich sich das Land mitten in einer Schulstrukturreform befinde. Die Ministerin verwies auf die Ergebnisse des neuesten „Mittelstandsbarometers“, das die Beratungsgesellschaft Ernest & Young auf der Basis einer Umfrage in 3.000 mittelständischen Unternehmen bundesweit wenige Tage zuvor vorgestellt hatte. Darin hätten sich acht von zehn befragten mittelständischen Unternehmen aus dem Land positiv zur Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz geäußert. „Das ist der zweitbeste Wert für ein Bundesland und kann uns schon mit etwas Stolz erfüllen.“

Die Schulstrukturreform in Rheinland-Pfalz mit der neuen Schulart Realschule plus und der Möglichkeit, über die Fachoberschule (FOS) die Fachhochschulreife zu erwerben, eröffne Schülerinnen und Schülern attraktive neue Perspektiven. Die FOS verbinde als zweijähriger Bildungsgang des berufsbildenden Bereichs allgemeinbildende und berufsbezogene Inhalte sowie berufliche Praxis miteinander und werde zum kommenden Schuljahr erstmals im organisatorischen Verbund mit einer Realschule plus angeboten. Die erwarteten Anmeldezahlen seien weit übertroffen worden.

Die Realschule plus habe sich zu einer starken Schulart entwickelt. Sie sieht für sie – auch mit Blick auf die Übergangsquoten – guten Grund, Selbstbewusstsein zu zeigen!

Die Pluspunkte der RS plus seien Aufstiegsorientierung, Praxisorientierung und Berufsorientierung. Die FOS sei die logische Weiterentwicklung der

Realschule plus in die Klassenstufen 11 und 12. „Die FOS ist das Markenzeichen der Realschule plus!“ Mit Blick auf die Eingangsrede des VDR-Vorsitzenden Bernd Karst, fordert sie auf, dieses Markenzeichen nicht durch weitergehende Forderungen auf Kosten des Alleinstellungsmerkmals zu verwässern!

Die Ministerin räumte – unter anderem auch in der sich anschließenden Frageunde – ein, dass es mit Blick auf die Realschule plus auch offene Anliegen gibt.

So gebe es unterschiedliche Besoldungsgruppen bei den Lehrkräften. Hier sei keine andere Regelung möglich gewesen. Sie verweist darauf, dass allerdings mit der jüngsten Dienstrechtsreform für HS- und RS-Lehrkräfte zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen worden seien.

Zur Schulsozialarbeit macht sie aufmerksam, dass das Land 60 Prozent der Kosten hierfür trage. Nahziel der Landesregierung sei, die halbe Stelle

an Schulen mit Berufsreifebildungsgängen auf eine volle Stelle aufzustocken.

Zur Forderung nach Herabsetzung der Klassenmesszahlen für die Berufsreifebildungsgänge, um eine optimale Förderung dieser Schüler zu gewährleisten, verweist sie auf die aus ihrer Sicht guten Stundenzuweisungen für Realschulen plus, die Möglichkeiten böten für die Klassenbildungen nach der Orientierungsstufe. Sie sagt zu bei den Ressourcen für die Realschule plus nachzusteuern, wenn es notwendig sei: „Wir werden uns die Klassenbildung genau anschauen. Wie entwickeln sich die Klassenbildungen in den kooperativen und integrativen Realschulen plus? Wenn hier untragbare Situationen auftreten, dann werden wir eine Lösung finden.“

In ihrem Schlusswort fasste Ministerin Ahnen zusammen: „Es ist mein Anliegen, dass es mit der Realschule plus gut weiter geht!“



VDR-Landesvorsitzender Bernd Karst dankt Ministerin Doris Ahnen für ihre Ansprache

3. Fachkongress des VDR am 17. März 2011 in Ingelheim „Schule – was ist das?“

Alles in einem Klassenraum?

Besonders positiv in Erinnerung bleibend wird den am 3. VDR-Kongress zur Realschule plus Teilnehmenden der Vortrag von Professor Dr. Rainer Dollase sein.

Als Mitglied einer seit Generationen vom aktiven Lehrerberuf geprägten Familie, weiß Professor Dollase auch praktisch, wozu er Stellung bezieht. Mit vielen seiner Ausführungen zu den Belastungen im heutigen Lehrerberuf, zu den ständig komplexer werdenden Unterrichtsinhalten – insbesondere bzgl. gesellschaftspolitischer Themen – sowie zur Effektivität von Unterrichtsstilen und -formen sprach er den Kolleginnen und Kollegen aus dem Herzen. Gleichzeitig stellte er plastisch unter Beweis, dass Ergebnisse „trockener“ wissenschaftlicher Studien beim Zuhörer bleibenden Lernfortschritt bewirken, wenn sie humorvoll-spritzig vorgetragen werden.

Professor Dr. Rainer Dollase machte in seinem Referat deutlich, dass sich das Aufgabenfeld der Schule längst über das eigentliche Kerngebiet – nämlich Vermittlung von Wissen und Können – hinaus entwickelt hat. Von der Schule erwartet die Gesellschaft heute, was vor Jahren noch als selbstverständliche Aufgaben der Eltern angesehen wurde: Erziehung, Festigung von Primärtugenden, Gewaltprävention, Integration, Werteerziehung, Gesundheits- und Sexualerziehung, Medienerziehung usw.

Darüber hinaus soll Schule individuelle Förderung in einer zunehmend heterogenen Schülerschaft bewältigen, soll Praxis- und Berufsorientierung bieten,

Schlüsselqualifikationen vermitteln, stets für diszipliniertes Verhalten sorgen und vieles andere mehr.

Der wachsenden Heterogenität der Schülerschaft sei nur mit einem multiprofessionellen Unterstützungsteam Herr zu werden. Aber das koste Geld. Wissenschaft und Schulverwaltung hätten häufig keine Vorstellung davon, wie schwierig das „classroom management“ inzwischen geworden sei. Die verantwortlichen Politiker sollten für drei Wochen selbst unterrichten, um Schulrealität wirklich kennenzulernen.

Werde die Komplexität in den Schulen nicht reduziert, führe das zwangsläufig zum Kollaps, so Professor Dollase.



Professor Dr. Rainer Dollase
Jahrgang 1943

Studium der Psychologie und der Pädagogik
in Saarbrücken • Köln • Düsseldorf

Lehre an den Universitäten
Köln • Essen • Bielefeld • Karlsruhe

Zahlreiche Veröffentlichungen

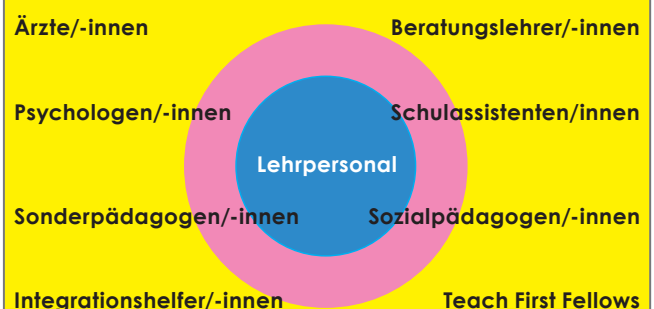
- Pädagogische Psychologie
- Vorschulerziehung
- Fremdenfeindlichkeit
- Soziometrische Methoden

Aktuelles Buch
Gewalt in der Schule - Erscheinungsformen, Ursachen, Interventionen.
Kohlhammer; 2010

Schule - was ist das? Motoren der Heterogenisierung und multiplen Funktionalisierung

- **Demographische Entwicklung**
(Schulzusammenlegungen, Zwergschule, home schooling, looping)
- **Wirtschaft und Globalisierung**
(Wettbewerb, Migration, Bildungshysterie, Ganztagschule, Verfall der familiären Erziehungsfunktion)
- **Wissenschaft**
(explosionsartige pädagogische Wissensvermehrung)
- **Kulturelle Evolution**
(Säkularisation und Individualisierung, individuelle Förderung, Inklusion)

Globaler Trend: multiprofessionelle Teams um das Lehren und Lernen herum



3. Fachkongress des VDR am 17. März 2011 in Ingelheim „Schule – was ist das?“

Umfrage zum Schulalltag

„Schule – Was ist das?“, diese Fragestellung stand im Zentrum des 3. VDR-Fachkongresses. Schon auf dem Plakat zur Ankündigung der Veranstaltung in Ingelheim wurde die Berechtigung dieser Frage deutlich vor Augen geführt: Die dort aufgelistete Aufgabenflut, die in den letzten Jahren über die Schulen gekommen ist, erfordert die selbstvergewissernde Frage nach dem Verständnis von Schule. Kurz vor der Landtagswahl sollten die Vertreter der Parteien dazu Stellung beziehen und ihr Verständnis von Schule offenlegen. Dem VDR war es dabei ein zentrales Anliegen, den Parteien nicht nur eine Plattform zur Vorstellung ihrer die Bildungspolitik tangierenden Wahlprogrammpunkte zu errichten. Vielmehr sollte Lehrkräften ein Forum ermöglicht werden, die Parteien daran zu erinnern, was erforderlich ist, wenn ihre Programmpunkte und schulpolitischen Vorstellungen umgesetzt werden sollen.

Viele bildungspolitische Forderungen hallen als Echo ohne Bezug zur einstigen Quelle durch die Bildungslandschaft. Amorph und diffus reduziert sich alles auf den Widerhall, ohne dass der Herkunftskontext gewahrt würde. Deutlich wird das am Beispiel der stark strapazierten Wendung „Individuelle Förderung“. Nicht viel mehr außer dem „Echo“ bzw. dem „Ruf“ danach ist geblieben und letztlich als Forderung bei den Schulen angekommen. Vergessen ist bzw. unberücksichtigt bleibt, was Schule alles braucht, wenn „individuelle Förderung“ gelingen soll.

Hier setzte der VDR mit einer Umfrage zum Schulalltag an, bei der die Kongressteilnehmer die Möglichkeit hatten, zu zentralen Problemfeldern Stellung zu beziehen. Wichtig war, wie am Beispiel der „individuellen Förderung“ bereits erläutert wurde, dass aus der Perspektive der Schulpraktiker die Gelingensbedingungen dargestellt wurden. Die große Resonanz zeigte, dass der VDR damit einem dringlichen Anliegen der rheinland-pfälzischen Lehrerschaft Gehör verschafft hat.

Peter Quint (VDR Trier), Timo Lichtenthäler (VDR Koblenz) und Michael Eich (VDR Neustadt) sichtigten in der Mittagspause des Kongresses die Rückmeldungen und trafen eine repräsentative Auswahl für die Auswertung im zweiten Teil des Fachkongresses. Timo Lichtenthäler und Michael Eich stellten diese den anwesenden Vertretern der Politik, des Ministeriums, der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, der Studienseminare, der AQS,



Michael Eich, Timo Lichtenthäler

des Landeselternbeirats und den Kolleginnen und Kollegen vor. Nachfolgend werden die Auswahl-Ergebnisse der Auswertung vorgestellt.

Weitere Rückmeldungen finden Sie im nächsten Heft als Schlaglichter zitiert. Auf unserer Homepage (www.realschule-vdr.de), werden Sie ebenfalls die Rückmeldungen abrufen können.

„Problemfeld“ Heterogenität und Individuelle Förderung

Frage: Was muss Ihrer Meinung nach bildungspolitisch umgesetzt werden, damit Sie sich an Ihrer Schule der zunehmenden Heterogenität wirksam stellen können? Wie lässt sich individuelle Förderung besser umsetzen?

Antworten:

- Konsequente Erhöhung des Lehrstundenansatzes, um Teamteaching nicht als Ausnahmeregelung, sondern zumindest in den Hauptfächern als Regelansatz vorsehen zu können (Schulleiter)
- Entlastung für Lehrer, die immer mehr Zeit und Nervenkraft brauchen für Elternarbeit und Korrespondenz mit Behörden, hervorgerufen durch immer schwierigere Schüler (Realschullehrer)
- Kleinere Klassen (Schüler)

„Problemfeld“ Sprachliche Defizite - Förderbedarf

Frage: Was muss geschehen, damit Schülerinnen und Schüler sprachliche

Defizite (u.a. wegen Migrationshintergrund oder Lese-Rechtschreib-Schwäche) abbauen können?

Antworten:

- Einbindung der Eltern muss sein! Ohne Elternarbeit ist jeglicher Integrationsversuch (fast) aussichtslos (Lehrer)
- Es müssen verstärkt fertig ausgebildete Förderlehrer und Sonderpädagogen eingesetzt werden. Die Schulsozialarbeit muss ausgebaut werden (Pädagogische Koordinatorin).
- Diagnostische Kompetenz stärken (Schulleiter)

„Problemfeld“ Schwerpunktschulen

Frage: Was muss getan werden, damit Schwerpunktschulen ihren Schülerinnen und Schülern mit und ohne speziellen Förderbedarf gerecht werden?

Antworten:

- Kontinuierliche Doppelbesetzungen mit Förderlehrern in allen Hauptfächern (Lehrer)
- Schulen ausbauen bzw. umbauen, damit sie auch räumlich auf diese Situation vorbereitet sind (Realschullehrerin)

„Problemfeld“ Dislozierte Standorte

Frage: Was ist Ihres Erachtens erforderlich, um dislozierte Schulstandorte zu unterstützen?

Antworten:

- Es müssen standortspezifische Entlastungssachverhalte für Lehrkräfte im Pendeleinsatz geschaffen werden. Das Pendeln stellt eine extreme Belastung der Lehrkräfte dar und widerspricht dem Ansatz der vielfältig beschriebenen und zu Recht geforderten „Lehrergesundheit“ (Realschulkonrektor)
- Solche Standorte sollte es gar nicht geben. Sie sind eine Zumutung für alle Beteiligten (Realschullehrerin)

„Problemfeld“ Unterstützung

Frage: Welche Unterstützung fordern Sie von der zukünftigen Landesregierung, damit Sie sich den gestiegenen Anforderungen des Lehrerberufs gut gerüstet stellen können?

Antworten:

- Mehr Stundenzuweisungen, um individuelles Fördern zu ermöglichen (Förderkurse, Split-Teaching); einhergehend mit einer geringeren

Lehrerwochenstundenzahl, da das außerunterrichtliche Arbeiten stetig zunimmt (Realschullehrer)

- Fortbildungsangebote auf regionaler Ebene ausbauen (Lehrer)
- Ein klares Bekenntnis der Landesregierung zur Professionalität des Lehrerberufs, Anerkennung des zunehmend fordernden und belastenden Berufsbildes und Entgegenwirken der oftmals populistischen Meinungen („Halbtagsjob“ ...) (Rektor)

„Problemfeld“ Schulentwicklung und Qualitätssicherung

Frage: Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, damit Schulentwicklung und Qualitätssicherung erfolgreich und aufwandsangemessen durchgeführt werden können?

Antworten:

- Schulen müssen personell und materiell angemessen ausgestattet werden (Realschullehrerin)
- Die Schulleitungspauschale muss dringend erhöht werden. Der Schulleitungsunterricht fällt zu häufig systembedingt aus (...). Der permanent steigende, teilweise unnötige Verwaltungsaufwand (z.B. Schulbuchausleihe) muss wieder auf das Notwendigste reduziert werden. Dann kann sich die Schulleitung wieder originären Aufgaben zuwenden (Realschulrektor)
- Zentrale Abschlussprüfungen (Realschullehrer)



Peter Quint, VDR Trier

Meine Prioritäten...

Am Ende der Befragung stand eine hypothetische Frage zu den Prioritäten, die die oder der Befragte in verantwortlicher Position in Angriff nähme:

Frage: Stellen Sie sich vor, Sie wären Bildungsministerin bzw. Bildungsminister im neuen rheinland-pfälzischen Kabinett. Was wäre Ihre erste Maßnahme?

Antworten:

- Ich würde ein Entwicklungsteam beauftragen, das das berufsbildende Schulwesen mit dem allgemeinbildenden Schulwesen über die bisherigen Ansätze (z.B. FOS RS plus) hinaus stärker verzahnt (Rektor)
- Weitere Strukturreformen vermeiden! Den „Bildungsmarkt“ nicht (...) neuen „Ideen“ überfluten (Realschullehrerin).



Mit der Umfrage zum Schulalltag hat der VDR einem dringlichen Anliegen der rheinland-pfälzischen Lehrerschaft Gehör verschafft

Forderungen:

Der VDR ist eng bei den Schulen und weiß bezüglich der vorgestellten Problemfelder natürlich um die Sorgen und Nöte der Kolleginnen und Kollegen in den Schulen. Die aus diesem Austausch resultierenden politischen Forderungen, wurden den bildungspolitischen Sprechern vor der im Anschluss stattfindenden Podiumsdiskussion noch einmal deutlich in Erinnerung gerufen:

- Der VDR fordert ausreichend Zeit zur individuellen Förderung in kleinen Gruppen! Wir fordern die Möglichkeit der Fachleistungsdifferenzierung auch in der Orientierungsstufe!
- Die Klassenmesszahlen für die Klassen 7 bis 10 sind auf höchstens 25, im Berufsreife-Bildungsgang auf 20 Schülerinnen und Schüler zu begrenzen!
- Der VDR fordert, dass alle Schularbeiten bei der Integration von Kindern mit Beeinträchtigungen einbezogen werden! Die Begleitung der Schule durch Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter muss an allen Schulen sichergestellt werden!
- Der VDR fordert, die Anrechnungspauschale für besondere unterrichtliche Belastungen nicht auf ein Drittel zu beschränken. Wir fordern eine ungeteilte Zuweisung!
- Der VDR fordert die spürbare Reduzierung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung, und damit eine notwendige Anpassung an die aktuellen Herausforderungen!
- Der VDR fordert die besondere Unterstützung der Schulen mit dislozierten Standorten, indem für solche



Der VDR fordert aktive Unterstützungsbereitschaft von der Politik, damit die Berufszufriedenheit der Lehrerinnen und Lehrer nicht weiter sinkt

Schulen ein eigener Stundenpool geschaffen wird!

- Der VDR fordert, Schulleitungstätigkeit an einem anforderungsgerechten und professionellen Berufsbild auszurichten!

Fazit:

„Unsere Umfrage zum Schulalltag skizziert ein Stimmungsbild der Lehrerinnen und Lehrer: Es vermittelt den Eindruck, dass wir an unseren Schulen zwar alles machen sollen und für jedwede gesellschaftliche Herausforderung in die Pflicht genommen werden, aber nichts richtig machen können, weil uns die personellen und zeitlichen Ressourcen dazu vorenthalten werden. Dieses Missverhältnis von übersteigertem Anspruchsdenken auf der einen Seite und verkümmertem Unterstützungsbereitschaft auf der anderen Seite trägt dazu bei, dass die Berufszufriedenheit der Lehrerinnen

und Lehrer spürbar sinkt und dass ein Ohnmachtsgefühl immer mehr um sich greift. Das resignative Gefühl nämlich, den uns anvertrauten Kindern nicht in dem Maße gerecht werden zu können, wie es sein könnte, wenn statt Strukturfragen endlich die Rahmenbedingungen in den Fokus der politisch-gesellschaftlichen Aufmerksamkeit geraten würden. Mit unseren überkommenen Arbeitsbedingungen kann sich Schule, in welcher Form auch immer, den aktuellen Herausforderungen nicht optimal stellen! Das Wohl unserer Kinder sollte nicht unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen!“ Dieses Fazit zogen Timo Lichtenthäler und Michael Eich nach der Auswertung der Umfrage.

An die politischen Vertreter richteten sie vor der anschließenden Podiumsdiskussion die Frage: „Was ist uns Schule wert? ... nach der Wahl.“



3. Fachkongress des VDR am 17. März 2011 in Ingelheim „Schule – was ist das?“ Podiumsdiskussion

Der Einladung des VDR zur Podiumsdiskussion am Nachmittag des 3. VDR-Fachkongresses Realschule plus waren die Parteien-Vertreter 10 Tage vor der Landtagswahl gerne gefolgt. Bestand doch hier die Möglichkeit sich noch einmal bildungspolitisch zu positionieren. Je nach Temperament setzte man sich auch gern in Szene. Die Antworten auf die Fragen des VDR-Landesvorsitzenden Karst glichen natürlich den Wahlaussagen, wie sie im letzten Heft „Realschule in Rheinland-Pfalz“ veröffentlicht wurden.



Bernd Karst, VDR-Landesvorsitzender



Bettina Dickes, MdL (CDU); Ulla Brede-Hoffmann, MdL (SPD); Nicole Morsblech, MdL (FDP); Daniel Köbler (Bündnis 90 Die Grünen)

Zusammengefasst ergaben sich folgende Ergebnisse:

Schulstrukturänderung

Parteienübergreifende Einigkeit bestand bzgl. der Beibehaltung der jüngst vollzogenen Schulstrukturänderung, wobei die GRÜNEN auf der schrittweisen Einführung integrativer Systeme bestehen. „Eine Schule für Alle“ ist als Ziel im Bundes-Grundsatzprogramm der SPD festgeschrieben; wobei im auf fünf Jahre angelegten Wahlprogramm der SPD in Rheinland-Pfalz an der bisherigen Struktur (angeblich) nichts geändert werden soll.

Unterrichtsversorgung

Bzüglich der Unterrichtsversorgung sichern alle Parteien größte Anstrengungen zu. Die SPD setzt weiter auf PES, die CDU auf einen regionalen Vertretungspool. Die GRÜNEN versprechen sogar eine Versorgung von über 100 Prozent und einen zusätzlichen „Lehrkräfte-Pool“.

Ziffernnotensystem

Außer den GRÜNEN stehen die Parteien zum Ziffernnotensystem in den weiterführenden Schulen. Die

GRÜNEN wollen veränderte Rahmenbedingungen und Lehrkräfte-Schulungen, um eine differenzierte Notengebung aus Ziffernnoten und verbalen Noten einzuführen.

Abschlussprüfungen

Die Forderung des VDR nach Abschlussprüfungen unterstützen CDU und FDP uneingeschränkt, SPD und GRÜNE lehnen sie nach wie vor

ab und stehen damit bundesweit in Rheinland-Pfalz allein. Die SPD setzt weiter auf Vergleichsarbeiten. Die GRÜNEN wollen „differenzierte Bewertung“, wünschen jedoch gleichzeitig eine Stärkung der bildungspolitischen Kompetenz des Bundes, da sie die föderale Struktur als Behinderung notwendiger bildungspolitischer Entscheidungen sehen!



Was bleibt nach dem 27. März 2011 von den Wahlaussagen?

Schlusswort

Realschule plus in den Blickpunkt gerückt

Der stellvertretende Landesvorsitzende Wilfried Rausch verabschiedete die Teilnehmerinnen und Teilnehmer: „In den Beiträgen des heutigen Kongresses wurde sehr deutlich, wie die Landesregierung, wie die Bildungsministerin und die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher die gegenwärtige und zukünftige Schulentwicklung einschätzen. Die Unterschiede in den Detailfragen sind deutlich geworden. Wir werden uns auf weitere Veränderungen einstellen müssen. Wir geben allerdings zu bedenken: Die Umsetzung schulpolitischer Reformvorhaben kann nur gelingen, wenn die Parteien alle Beteiligten einbeziehen. Daher appellieren wir: Beteiligen Sie uns Lehrerinnen und Lehrer frühzeitig und ernsthaft an Ihren schulpolitischen (Reform)-Vorhaben.“



Stv. VDR-Landesvorsitzender
Wilfried Rausch

Mit unserer heutigen Umfrage und mit den Beiträgen aus den Reihen der Teilnehmer wurden auch die Rahmenbedingungen an der Realschule plus dargestellt. Es wurde deutlich: Die Intensität, mit der vor allem wir Lehrerinnen und Lehrer an den Realschulen plus diesen Einsatz leisten, lässt sich auf Dauer nicht durchhalten.

Heribert Prantel hat in der Süddeutschen Zeitung im Dezember vorigen Jahres „Vom Glück, einen guten Lehrer zu haben“ geschrieben und in seinem Artikel Gedanken dargelegt, wie man zu diesem Glück kommt.

Er schreibt u. a.:

„... es wird den Lehrern viel zu wenig die Möglichkeit gegeben, gut zu sein. Lehrer brauchen einen Arbeitsplatz, der die Voraussetzungen dafür herstellt, gut sein zu können.“

„... Lehrer brauchen Freiraum und Zeit für den einzelnen Schüler, für Projekte und Zusammenarbeit auch mit außerschulischen Einrichtungen: sie brauchen weniger Verwaltungsaufgaben.“
Seinen Artikel beendet er mit einem deutlichen Hinweis an alle, Lehrer, El-

tern und Bildungspolitiker:

„Das alles geht nur, wenn der Lehrer die Schüler mag und respektiert. Das wiederum setzt voraus, dass die Gesellschaft den Lehrern zeigt, dass sie auch sie mag. Wenn eine Gesellschaft mit den Lehrern schlecht umgeht, dann hat sie unverdientes Glück, wenn die Lehrer mit den Schülern gut umgehen.“

Zum Abschluss bedanken wir uns bei allen, die zum Gelingen des Kongresses beigetragen haben.

Ein besonderer Dank gilt den bildungspolitischen Sprechern. Wir möchten uns mit einem Weingeschenk erkenntlich zeigen, dass wir gezielt in Farbgebung des Weines bzw. der Flasche ausgewählt haben.

Wir wollen es damit nicht bewenden lassen. Kennzeichen unserer Schullart ist der Theorie- und Praxisbezug. Daher wollen wir Ihnen einen Malkasten schenken. In dem Malkasten finden Sie auch Ihre Parteifarben. Wir möchten Sie ermuntern, noch vor der Wahlentscheidung sich mit der Farblehre nicht nur theoretisch auseinanderzusetzen. Im praktischen Tun können Sie die Farben mischen und vorab sehen, was bei der Mischung herauskommen kann. Auf die Farbmischung kommt es an. Jeder, der seine eigenen vier Wände neu streichen lässt, weiß, wie schwierig es ist, über längere Zeit mit einer nicht gelungenen Farbkomposition leben zu müssen. Für unsere Schulen wünschen wir uns Farben, die uns erfreuen können und unserem Wohlergehen förderlich sind. Bedenken Sie dies bei Ihren Verhandlungen nach der Wahl.

Ein besondere Dank gilt unseren Orga-





IA-Organisation: Bernd Karst dankt Frau Caroline Hüttner und Gudrun Deck

nisatorinnen, die mit Ruhe die Planungen durchgeführt haben: Frau Hüttner und Frau Deck.

Danken möchte ich den Mitgliedern des erweiterten Landesvorstands für die Mitarbeit in der Planung und Organisation.

Speziell auch Herrn Hanns Peters und Herrn Wolfgang Seebach, die den heutigen Tag protokollieren.

Ein besonderer Dank gebührt unserem Landesvorsitzenden, der die Hauptlas-

tung der Veranstaltung zu tragen hatte.

Danken möchte ich auch Ihnen allen, die Sie heute an diesem Kongress teilgenommen haben. Durch Ihre Teilnahme zeigen Sie Interesse an der zukünftigen Schulentwicklung und Gestaltung unseres Arbeitsplatzes. Wichtig sind die informellen Gespräche, die Sie beim Kongress führen können, und Anregungen und Unterstützung geben.“



Verbandsarbeit ist auch Kärnerarbeit: Wolfgang Seebach und Hanns Peters stehen dazu und schreiben das umfangreiche Tagungsprotokoll.

Texte und Fotos vom 3. Ingelheimer VDR-Fachkongress:
Gudrun Deck, Michael Eich, Wolfgang Häring, Bernd Karst, Christiane Lehmann, Timo Lichtenhäger, Hanns Peters, Peter Quint, Wilfried Rausch, Wolfgang Seebach, Wolfgang Wünschel.

VDR Trier im Gespräch mit Bettina Brück MdL, SPD

Zu einem Meinungsaustausch trafen sich Mitglieder des VDR-Bezirksvorstands Trier mit Bettina Brück, Mitglied des schulpolitischen Ausschusses des Landtags Rheinland-Pfalz. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen vor allem die gegenwärtige Belastung der Lehrkräfte sowie die Situation an den Studienseminaren. Weitere Themen waren die Unterrichtsversorgung und die Fachoberschule.

In den vergangenen Jahren wurden den Schulen immer neue Aufgaben aufgetragen. So sind dies u.a.: Ganztagschule, Qualitätsentwicklung, neue Fächer (wie NAWI) und neue Wahlpflichtfächer, Einführung der Schulbuchausleihe, regelmäßige Praktika an den Schulen durch Studierende, neue Schulstruktur... Man könnte diese Liste weiter fortsetzen.

Der VDR hat sich Neuerungen – so sie klar begründet sind und Perspektiven eröffnen – nie verschlossen. Da mit der neuen Schulstruktur jedoch ein Systemwechsel einhergeht, der sowohl Änderungen in der Infrastruktur sowie in der Arbeitsweise mit sich bringt, wären auch hier wesentliche Vorkehrungen im Vorfeld nötig gewesen. Politik und Bildungsverwaltung haben nicht erkannt bzw. ignoriert, welche Steigerung der Anforderungen die Summe aller Änderungen im Schulalltag mit sich bringt.

Insgesamt hat sich somit die Arbeitsbelastung von Schulleitern, Lehrkräften und Schulsekretärinnen erheblich ausgeweitet. Verschärft wurde alles dadurch, dass die Änderung der notwendigen Ausführungsbestimmungen und Verordnungen oft spät kamen und der Auslegung bedurften, weil sie auch mit heißer Nadel gestrickt waren. „Was unsere Schulen dringend brauchen ist jedoch, dass dieser Aktionismus endlich beendet wird und wieder mehr Besinnung und Konzentration auf die Schüler und den täglichen Unterricht ermöglicht wird!“ so VDR Bezirksvorsitzender

Hanns Peters. Frau Brück sagte zu, dies in die Diskussion in Mainz einzubringen.

Übereinstimmend wurde die Bedeutung der Fachoberschule an der Realschule plus hervorgehoben. Gerade die Klassen 11 und 12 und die damit verbundene Fachhochschulreife, die an der Realschule plus erworben werden kann, schafft eine Perspektive für die leistungsstärkeren Realschüler. Die ersten 12 Standorte liegen leider alle außerhalb des Bezirks Trier, d.h. für die Region besteht ein erheblicher Nachholbedarf. Frau Brück gab zu bedenken, dass eine kontinuierliche Ausweitung geplant sei und versprach, sich dafür einzusetzen, dass auch in der Region Trier die Möglichkeit zum Besuch der FOS an der RS plus geschaffen wird.

So begrüßenswert die Ausweitung der Seminarkapazitäten angesichts der Vielzahl von Absolventen an den Unis auch ist, so fragwürdig ist die personelle Ausstattung an den Seminaren in den vergangenen Jahren. „Statt diese entsprechend mit hauptamtlichen Fachleitern – auch einem 3. Fachleiter für Pädagogik und Allgemeine Didaktik – auszustatten, wurden nahezu ausschließlich lehrbeauftragte Fachleiter berufen, die bei gleicher Arbeit völlig unzureichend besoldet sind“, kritisierte Gerhard Klein. Dass zwei neue Außenstellen im Lande geschaffen werden, ist erfreulich, „es kann nach unserer Einschätzung aber nicht sein, dass Kollegen in Kaiserslautern dies mit einer



Bettina Brück MdL, SPD

Vorlaufzeit von kaum 4 Monaten organisatorisch und personell stemmen sollen!“

Einvernehmlich begrüßt wurden die z.Zt. noch guten Perspektiven für die Absolventen der Studienseminare. Erwin Schneider betonte, dass etwa 60% der Kollegen zum 1.2.2011 sofort eine Planstelle erhalten haben. Den übrigen Absolventen wurde wenigstens eine befristete Beschäftigung angeboten.

Am Ende des konstruktiven Gesprächs vereinbarten die Teilnehmer, sich auch in Zukunft regelmäßig auszutauschen.



Gerhard Klein
VDR Trier
Klein.Gerhard@vdr-rlp.de



Hanns Peters
Bezirksvorsitzender Trier
Peters.Hanns@vdr-rlp.de

DURCHBLICK

„Für den gelingenden Unterricht ist natürlich auch das Schulsystem und die Bildungspolitik verantwortlich. Die Kosten, die sie für das Schulsystem erübrigen, insbesondere für die Gruppengrößen, die Angemessenheit der Bauten, das Material, die Homogenisierung oder Heterogenisierung der Schülerschaft, den Lehrkraft-Schüler-Quotient, die Ausbildung der Lehrkräfte, die Arten der äußeren Differenzierung oder ihr Fehlen, aber auch die finanzielle Sicherung einer erziehungswissenschaftlichen, erziehungspraktischen Infrastruktur fallen zu Lasten des Schulsystems und der Bildungspolitik.“

Quelle: Prof. Dr. Rainer Dollase

Fachoberschulen starten durch

Das Angebot zum Erwerb der Fachhochschulreife über die Realschule plus hat bei Schülerinnen, Schülern und Eltern ein sehr positives Echo gefunden. „Insgesamt 873 Anmeldungen für die zwölf Fachoberschulen landesweit sind ein ganz eindeutiger Beleg für das große Interesse. Alle Fachoberschulen, die zum kommenden Schuljahr in Verbindung mit Realschulen plus an den Start gehen wollen, haben damit die nötigen Mindestanmeldezahlen deutlich übertroffen. Die zusätzlichen Aufstiegschancen, die ein echtes Markenzeichen der Realschule plus sind, sind für Schülerinnen, Schüler und deren Eltern ganz offenkundig sehr reizvoll“, unterstrich Bildungsministerin Doris Ahnen.

„An der großen Resonanz auf das neue Bildungsangebot haben wir nie gezweifelt. Schließlich fordert unser Verband seit Jahrzehnten einen direkten Hochschulzugang für Realschulabsolventen“, erinnert der VDR-Landesvorsitzende Bernd Karst in einer Pressemitteilung. Er ist sicher, dass diese Option auch dazu beigetragen hat, dass der befürchtete Run auf die Gymnasien des Landes ausgeblieben ist. Den Eltern wurde bewusst, dass die Anmeldung ihres Kindes an der Realschule plus mit individueller Förderung und Berufsorientierung die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten sichert.

Der VDR bedauert, dass unter den zwölf Fachoberschulen, die nun definitiv zum 1. August 2011 an den Start gehen, keine einzige in einer großen Stadt zu finden ist. Dabei könnten die Akzeptanzprobleme der Realschule plus, die es in städtischen Ballungsräumen z.T. noch gibt, dadurch überwun-

den werden, dass man mit einer FOS die Aufstiegsorientierung dieser Schularart dokumentiert. Außerdem stünden dort ausreichend Praktikumsplätze zur Verfügung und es gibt einen hohen Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Schließlich hätte man auch gute Kooperationsmöglichkeiten mit Fachhochschulen unmittelbar vor Ort.

Die Belastungen, die die Kollegien und Steuergruppen an den Schulen auf sich genommen haben, um dem neuen Bildungsgang einen optimalen Start zu ermöglichen, sind riesig. Die Aufgaben mussten noch ohne den FOS-Koordinator gestemmt werden, da die Auswahlverfahren noch nicht abgeschlossen sind. Die Ministerin sprach dafür ihren Dank und ihre Anerkennung aus: „Ohne das große Engagement von Schulleitungen und Kollegien in den Realschulen plus, ohne die positive Unterstützung auch aus den berufsbildenden Schulen vor

Ort und ohne die breite Unterstützung aus Wirtschaft und Verwaltung wäre dieser Start so nicht möglich gewesen. Dafür will ich allen Beteiligten herzlich danken. Um den Fachkräftebedarf im Land auch in Zukunft zu sichern, müssen wir alle Möglichkeiten nutzen, jungen Menschen die Chance auf eine Höherqualifizierung zu eröffnen. Ich bin fest überzeugt: Die mit der Realschule plus verbundene Fachoberschule ist ein Beitrag dazu!“

Der VDR rechnet damit, dass die Schulträger des Landes zum Antragschluss am 31. März wieder zahlreiche Anträge auf eine FOS stellen werden. Der erfolgreiche Start wird sicherlich dazu motivieren, dass das Ministerium diese Anträge zügig genehmigt, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind.



Wolfgang Häring

Pressesprecher
Ref.: Fachoberschule (FOS)
Haering.Wolfgang@vdr-rlp.de

Nils erklärt: Fachoberschule - was ist denn das?

Schwierige Sachverhalte bringt die RHEINPFALZ Kindern und Jugendlichen über die Figur des Bibers „Nils Nager“ altersverständlich nahe. Zur Fachoberschule erklärte Nils Nager am 3.2.2011 in der Donnersberg-Rundschau:

Ihr habt ja sicher noch viel Zeit damit. Aber vielleicht denkt Ihr schon mal darüber nach, was Ihr mal werden wollt, Lokomotivführer oder Pilot, Arzt oder Professor - oder vielleicht sogar Zeitungsreporter? Der Weg dahin hängt davon ab, für welche Schulen Ihr Euch mal entscheidet.

Noch seid Ihr ja vielleicht auf der Grundschule. Da ist alles noch überschaubar, und alle machen dasselbe. Am Ende der Grundschulzeit aber geht Eure Klasse auseinander. Die einen werden beispielsweise auf eine Realschule plus gehen und vielleicht sechs Jahre später mit der Mittleren Reife ihre Schulzeit beenden. Danach können sie einen Beruf lernen. Die anderen wechseln vielleicht auf ein Gymnasium. Das dauert dann länger. Dort machen sie meistens nach achteinhalb Jahren Abitur und können anschließend auf einer Universität studieren.

Es gibt aber noch einiges andere dazwischen. Die Schüler können sich nach der zehnten Klasse auch entscheiden, nicht gleich einen Beruf zu lernen, sondern zwei Jahre länger in der Schule zu bleiben und das „Fachabitur“ zu machen. Genau dafür ist eine Fachoberschule da. Das dauert nicht so lange wie das Abitur am Gymnasium, und man muss in diesen zwei Jahren neben der Schule auch viel in Betrieben sein und lernen, wie es im Beruf zugeht.

Mit dem Fachabitur könnt Ihr dann zwar nicht an der Universität, aber an einer Fachhochschule studieren und hinterher in bestimmten Berufen arbeiten, für die man eben viel wissen muss und ein solches Studium braucht.



VDR im Gespräch mit den Handwerkskammern

Duale Berufsausbildung ist attraktiver Bildungsweg

Im Berufsbildungs- und Technologiezentrum (BTZ) der Handwerkskammer der Pfalz in Kaiserslautern trafen sich Vertreter des VDR mit Repräsentanten der vier rheinland-pfälzischen Handwerkskammern zu einem interessanten Meinungsaustausch. Mit Sorge beobachteten die Gesprächspartner den stetig wachsenden Zulauf zu den Hochschulen und die abnehmende Zahl der Bewerber um einen Ausbildungsplatz, die durch die demografische Entwicklung noch verstärkt wird.

Einig war man sich darin, dass die Duale Ausbildung in der ganzen Welt als beispielhaft erfolgreich gilt. Nicht zuletzt sind die vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und die wirtschaftliche Prosperität des Landes Beweise dafür. Die ständigen Forderungen der OECD nach einer Erhöhung der Abiturientenquote erwächst offenbar aus Unkenntnis der Beobachter. Verschiedene deutsche Ausbildungsberufe setzen zwar in anderen Ländern ein Studium voraus, die Anforderungen entsprechen sich aber. Die Kammern beobachten die Ausweitung schulischer Angebote zur Erlangung der Hochschulreife (zahlreiche Neugründungen integrierter Gesamtschulen und beruflicher Gymnasien) mit großer Sorge und stehen auch der Fachoberschule (FOS) an der Realschule plus skeptisch gegenüber.

Der VDR hat auf die Chancen hingewiesen, die die FOS bietet. Sie erhöht die Attraktivität in den Augen der Eltern der Grundschüler und verhindert dadurch einen zunehmenden Run auf die Gymnasien. Sie schafft eine engere Verzahnung zwischen schulischer und beruflicher Bildung. Schließlich bietet das intensive Praktikum in Klasse 11 den Handwerksbetrieben die Möglichkeit, in engen Kontakt zu den Jugendlichen zu kommen und sie auf dem weiteren Weg zu begleiten.

Bei entsprechender personeller und sächlicher Ausstattung kann die Realschule plus die Chance für eine sehr individuelle Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler bieten und damit den Anteil nicht ausbildungsreifer Absolventen deutlich vermindern. Auf die Notwendigkeit der raschen Umsetzung



Wolfgang Wünschel, Hanns Peters, Günther Behr, Wolfgang Häring, Bernd Karst, Elvira Gemmer, Karl Meisinger, Rita Petry, Dr. Bernward Eckgold

der Rahmenvereinbarung zur Berufsorientierung zwischen Bildungsministerium und Kammern wurde in einer gemeinsamen Pressemitteilung hingewiesen.

Die lebhafteste Diskussion wurde auf Seiten der Handwerkskammern geführt von Elvira Gemmer (HWK Rheinhessen), Rita Petry und Karl Meisinger (HWK Pfalz), Dr. Bernward Eckgold (HWK Koblenz) sowie Günther Behr (HWK Trier). Der VDR war vertreten durch seinen Landesvorsitzenden Bernd Karst sowie die Herren Michael Eich, Wolfgang Häring, Hanns Peters und Wolfgang Wünschel. Dass die Gesprächsteilnehmer sofort einen Fortsetzungstermin vereinbart haben, zeigt die Bedeutung, die sie diesem Dialog beimessen.

Nach dem Meinungsaustausch konnten die VDR-Vertreter das neu errichtete Berufsbildungs- und Technologiezent-

rum der Handwerkskammer der Pfalz kurz besichtigen. Das mit modernster Hochtechnologie ausgestattete Institut dient der Durchführung von Kursen und Maßnahmen im Rahmen der überbetrieblichen Ausbildung (ÜLU), der Fort- und Weiterbildung, der Meistervorbereitung sowie der Durchführung notwendiger Prüfungen. Im BTZ Kaiserslautern befinden sich insgesamt 35 Werkstatträume und 9 Theorieräume mit 392 Werkstattplätzen und 244 Theorieplätzen.

Text:



Wolfgang Häring
Pressesprecher
Ref.: Fachoberschule (FOS)
Haering.Wolfgang@vdr-rlp.de

Fotos:



Wolfgang Wünschel
Stv. Landesvorsitzender, VDR-Handbuch
Wuenschel.Wolfgang@vdr-rlp.de



GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG



Gemeinsam für die qualifizierende duale Berufsausbildung

Damit die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz ihrer Aufgabe der Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung gerecht werden kann, ist sie auf Schulabgänger angewiesen, die mit ihren fachlichen, persönlichen und sozialen Kompetenzen bestmöglich auf den Start ins Berufsleben vorbereitet sind. Zu diesem Zweck wurde vor eineinhalb Jahren die Rahmenvereinbarung zwischen dem Land, der Wirtschaft und der Arbeitsagentur über die Zusammenarbeit im Bereich der Berufswahlvorbereitung abgeschlossen.

In einem Gespräch zwischen den rheinland-pfälzischen Handwerkskammern und dem Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) musste festgestellt werden, dass der feierlichen Unterzeichnung der Vereinbarung und zahlreichen „Sonntagsreden“ zum Thema, wenig Taten gefolgt sind. Die individuelle Betreuung und gezielte Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler setzt optimale Rahmenbedingungen in den Schulen voraus.

Die Realschule plus könnte sich als „Premiumschule für individuelle Förderung“ präsentieren. „Solange aber 30 Kinder in einer Berufsreifeklasse unterrichtet werden müssen, werden alle gut gemeinten Maßnahmen scheitern“, fürchtet der VDR-Landesvorsitzende Bernd Karst.

Nach der Rahmenvereinbarung sind in jeder Schule Verantwortliche für die Berufswahlvorbereitung zu benennen. Diese Lehrkräfte müssen

allerdings auch die dafür erforderlichen Kompetenzen mitbringen oder durch intensive Fortbildungsmaßnahmen erwerben. Darüber hinaus ist diese verantwortungsvolle Tätigkeit nicht ohne zeitliche Ressourcen und Anreize zu realisieren. Sie sollten z.B. in Form von Entlastungsstunden oder eines Beförderungsamtes zur Verfügung gestellt werden.

Die Vertreter der Kammern und des VDR waren sich einig in dem Ziel, qualifizierten Nachwuchs für die Ausbildung im Dualen System zu gewinnen. Nur eine starke und attraktive Realschule plus kann diesen Anspruch erfüllen und die entsprechende Anzahl von Bewerbern dafür stellen. Die Eltern müssen stärker über die Gleichwertigkeit von schulischer und beruflicher Bildung informiert werden. „Nach mit gutem Ergebnis abgeschlossener Lehre kann der Gesellenbrief heute praktisch als Beschäftigungsgarantie angesehen werden“, so die Vertreter der Handwerkskammern.

22.02.2011

V.i.S.d.P.: Elvira Gemmer, Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern, Dagobertstraße 2
55116 Mainz, Tel.: 06131 9992-33,
e-Mail: e.gemmer@hwk.de

V.i.S.d.P.: Wolfgang Häring, Pressereferent,
Hermann-Mündler-Str. 28 , 67227 Frankenthal,
Tel.: 06233-42895, e-Mail: Haering.Wolfgang@vdr-rlp.de, Internet: www.realschule-vdr.de



Anerkennung von Hochschulprüfungen als Erweiterungsprüfung

Das Bildungsministerium hat den Lehrerverbänden den Entwurf einer neuen Landesverordnung vorgelegt. Die neue Verordnung basiert auf den Curricularen Standards für die Studienfächer in lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterstudiengängen. Auf der Grundlage dieser Standards werden verbindlich zu studierende Module für einen Zertifikatsstudiengang festgelegt.

Neu aufgenommen in den Kanon der Erweiterungsfächer wurde das Fach „Darstellendes Spiel“. Darstellendes Spiel kann somit als sogenanntes „drittes Fach“ von den Studierenden und im Begleitstudium von den Lehrkräften ausgewählt werden. Für das neue Erweiterungsfach wurden curriculare Standards entwickelt.

Stellungnahme des VDR

Der Verband Deutscher Realschullehrer begrüßt, dass in Zukunft den Lehramtsstudierenden weiterhin die Möglichkeit geboten wird, in einem zusätzlichen Fach für ein Lehramt die wissenschaftliche Befähigung an einer Universität des Landes Rheinland-Pfalz erwerben zu können. Diese Möglichkeit, die den Studierenden im Rahmen der lehramtsbezogenen Masterstudiengänge bzw. den Lehrkräften im Rahmen eines Begleitstudiums eröffnet wird, bietet eine weitere Qualifizierungsmaßnahme durch die Universitäten selbst und bindet die Universitäten in Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ein.

Der im o. a. Entwurf festgelegte Zertifikatsstudiengang ist stimmig. Die Auswahl der Module für die Erweiterungsprüfungen, die auf den curricularen Standards der bestehenden lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterstudiengänge basieren, ist für die Lehrämter für die Grundschule und für die Realschule plus weitgehend nachvollziehbar und schafft für alle Beteiligten Transparenz.

Von einer Erweiterungsprüfung in Spanisch, Italienisch und Russisch sind Studierende für das Lehramt an Realschulen plus bzw. die Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Realschulen plus, die bereits im Schuldienst sind, ausgeschlossen. Dies ist nicht nachvollziehbar. Mit der



„Der kleine Prinz“ Aufführung 2010 Realschule plus Neustadt/Wied. Inszenierung durch die Schauspielerin Julie Fees.

Möglichkeit einer Erweiterungsprüfung auch in diesen drei Fächern könnten die fachwissenschaftlichen Grundlagen für eine spätere Aufstiegsprüfung für das Lehramt für eine Berufsbildende Schule erworben und somit der Einsatz in der Fachoberschule ermöglicht werden. Außerdem besteht ein schulischer Ergänzungsbedarf mit Blick auf den Wahlpflichtfachbereich in der Realschule plus.

Mit dem Entwurf werden gleichzeitig curriculare Standards für ein Erweiterungsfach „Darstellendes Spiel“ zur Anhörung vorgelegt. Die Neufassung der Standards ist auch für die Realschule plus notwendig, da dieses Fach im Rahmen des schuleigenen Wahlpflichtfachangebots unterrichtet werden kann. Wir stimmen demzufolge den curricularen Standards für das Erweiterungsfach „Darstellendes Spiel“ zu.

Die neuen Wahlpflichtfächer „Technik und Naturwissenschaften“, „Wirtschaft und Verwaltung“ und „Hauswirtschaft und Sozialwesen“ werden u. E. in den curricularen Standards des lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterstudiengangs „Wirtschaft und Arbeit“

nur unzureichend berücksichtigt. Das heißt: Die Standards für „Wirtschaft und Arbeit“, die ausschließlich für die Lehrämter an Grundschulen, Förderschulen und Realschulen plus definiert wurden, können mit den drei Schwerpunkten „Wirtschaftslehre“, „Ernährungs- und Verbraucherbildung“ und „Technikwissenschaften und Bildung“ insgesamt weder den drei Lehrämtern noch den neuen Wahlpflichtfächern gerecht werden.

Für die neuen Wahlpflichtfächer, die mit den Schwerpunktbereichen der Fachoberschule korrespondieren, fordern wir die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Befähigung im Rahmen des Zertifikatsstudiums für eine Erweiterungsprüfung. Wie für das Erweiterungsfach „Darstellendes Spiel“ halten wir eigene curriculare Standards für die neuen Wahlpflichtfächer für notwendig.



Wilfried Rausch
Stv. Landesvorsitzender
Ref.: Dienst- und Schulrecht
Rausch.Wilfried@vdr-rlp.de

Curriculare Standards im Erweiterungsfach Darstellendes Spiel

Modul 1 Theaterpraktische Grundlagen 1

Inhalte:

- Entwicklung allgemeiner Spielfähigkeit
- Theatrale Zeichen
- Neue Medien als theatrale Gestaltungsmittel

Modul 2 Theaterpraktische Grundlagen 2

Inhalte:

- Die Inszenierung als Prozess und Ergebnis theaterästhetischer Komposition
- Veranstaltungstechnik und Management

Modul 3 Ästhetische Bildung

Inhalte:

- Pädagogisch-anthropologische Grundlagen
- Theorie ästhetischer Bildung
- Pädagogik und Theorie des

Spiele

- Soziokulturelle Rahmenbedingungen ästhetischer Bildung
- Kulturelle Bildung und Kulturpädagogik
- Kulturelle Bildung im schulischen und außerschulischen Kontext

Modul 4 Theorie und Geschichte des Theaters

Inhalte:

- Kultur- und Sozialgeschichte
- Theorie und Geschichte dramatischer/szenischer Formen
- Aufführungsanalyse

Modul 5 Fachdidaktik Darstellendes Spiel

Inhalte:

- Entwicklung theaterpädagogischer Handlungskompetenz
- Methodisch-didaktische Konzeptualisierung

- Planen, Durchführen, Reflektieren und Evaluieren von Unterricht
- Rolle und Aufgabe des Theaterlehrers/der Theaterlehrerin
- Schultheater im Spannungsfeld zwischen künstlerischem und pädagogischem Anspruch
- Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung
- Planen und Durchführung eines gemeinsamen internen Projekts der Teilnehmer/Teilnehmerin des Studiengangs

Modul 6 Theaterpraktisches Projekt der Studierenden

Inhalte:

- Entwicklung, Durchführung, Präsentation und Auswertung eines Theaterprojekts
- Dokumentation der Projektarbeit

Europäischer Computerführerschein zeigt Medienkompetenz

Solide Grundkenntnisse im Bereich der Informationstechnologien sind heutzutage praktisch unverzichtbar. Der „Europäische Computerführerschein (ECDL)“, der von der Dienstleistungsgesellschaft für Informatik (DLGI) vergeben wird, bescheinigt solche Kenntnisse in insgesamt sieben Teilbereichen. Bildungsstaatssekretärin Vera Reiß und DLGI-Geschäftsführer Thomas Michel haben jetzt die bereits 2007 unterzeichnete Rahmenvereinbarung, die Schülerinnen und Schülern in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit eröffnet, den ECDL direkt an ihren Schulen zu erwerben, um weitere drei Jahre verlängert.

91 Schulen in Rheinland-Pfalz sind derzeit als ECDL-Prüfungszentren anerkannt. 3.728 Schülerinnen und Schüler haben dort seit 2007 zumindest eine der sieben ECDL-Prüfungen abgelegt. 1.125 Schülerinnen und Schüler haben sogar alle sieben Prüfungen mit Erfolg bestanden und damit die höchste Stufe des international anerkannten „Europäischen Computerführerscheins“ – den ECDL Core – erworben.

Der Europäische Computerführerschein ist sowohl bei Lehrkräften als auch in der Schülerschaft gut angenommen worden. ... DLGI-Geschäftsführer Thomas Michel betonte: „IT-Kenntnisse werden in vielen Stellenausschreibungen gefordert. Arbeitgeber wissen jedoch meist nicht genau, welche EDV-Kenntnisse Bewerberinnen und Bewerber denn tatsächlich

mitbringen. Der ECDL als führender international anerkannter Prüfungsstandard für Computerwissen bietet da mehr Klarheit und Sicherheit.“ ...

Hintergrundinformationen zum ECDL:

Der ECDL ist Teil eines landesweiten freiwilligen Fortbildungsangebots für Schulen im Bereich der Informationstechnologie. Lehrkräfte können dabei die Unterrichtserlaubnis „Informatische Bildung“ erwerben und sich als ECDL-Trainerinnen und -Trainer qualifizieren. Schulen können als ECDL-Prüfungszentren anerkannt werden und somit selbst die Prüfungen zum Erwerb des ECDL für ihre Schülerinnen und Schüler durchführen. Diese können mit dem Europäischen Computerführerschein dann einen inter-

national anerkannten Nachweis für eine wichtige Zusatzqualifikation zu günstigen Konditionen erwerben. Die DLGI stellt unter anderem Informationsmaterial zur Verfügung, beteiligt sich an der Weiterbildung von Lehrkräften zu „ECDL-Tutoren“ und bietet teilnehmenden Schulen Preisnachlässe bei den Lizenzgebühren.

(aus: Pressedienst des MBWJK vom 17.1.2011)



Wolfgang Wünschel

Stv. Landesvorsitzender, VDR-Handbuch
Wuenschel.Wolfgang@vdr-rlp.de

„Schulbauten haben – wie jede gebaute Umwelt – Wirkungen!“

Die Humanethnologin und Erziehungswissenschaftlerin Professorin Johanna Forster, Universität Erlangen, forderte auf einer dbb-Fachtagung „Klasse bauen! Architektur und Pädagogik“ zu einem Paradigmenwechsel bei den Schulbauten auf. So könne beispielsweise durch Farben und Lichtgestaltung das physiologische „Erregungsniveau“ positiv beeinflusst werden. Bei der Planung und Gestaltung müssten, so ihre Forderung, Lehrkräfte und Schüler von Anfang an mit einbezogen werden.

Der VDR fordert, dass in Schulbauten größere Investitionen getätigt werden. Gerade an den neuen Realschulen plus seien bauliche Veränderungen in allen Bereichen erforderlich. Insbesondere müssten die Schulbaurichtlinien, die für die Schulträger Grundlage ihrer Schulbauplanungen seien, für die Realschulen plus neu gefasst werden. Der VDR warnt, den Rückgang der Schülerzahlen und die Zusammenführungen von Schulen zu Reduzierungen bei den Schulbauprogrammen zu nutzen.



Aus der Rechtsprechung

Fester Höchstbetrag für beihilfefähige Aufwendungen verstößt gegen höherrangiges Recht

Die Beihilfefähigkeit von Aufwendungen in Krankheitsfällen darf nicht generell auf einen durch die Bundesbeihilfeverordnung festgeschriebenen Höchstbetrag beschränkt werden, da eine entsprechende Begrenzung gegen die durch Art. 33 Abs. 5 GG gewährleistete Fürsorgepflicht des Dienstherrn und damit gegen höherrangiges Recht verstößt. Das hat das Verwaltungsgericht Koblenz entschieden.

Der Kläger, ein Versorgungsempfänger der Beklagten, ist beidseitig auf die Benutzung eines Hörgeräts angewiesen. Die Kosten für die beiden Geräte, mit denen der Kläger letztlich eine ausreichende Hörleistung erreicht, beliefen sich auf insgesamt über 5.000,- €. Die Beihilfeverordnung der Beklagten sieht jedoch vor, dass Aufwendungen für Hörgeräte je Ohr nur bis zu einer Höhe von 1.025,- € beihilferechtlich berücksichtigungsfähig sind. Auf dieser Grundlage wurde dem Kläger Beihilfe gewährt. Mit seiner Klage begehrte der Kläger, ihm weitere Beihilfe auf Grundlage der tatsächlich angefallenen Kosten für die Hörgeräte zu ge-

währen. Zur Begründung trug er vor, dass die ansonsten für die medizinisch notwendigen Hörgeräte verbleibende Eigenbelastung die beihilferechtlich zumutbare Belastungsgrenze überschreite und deshalb ein Härtefall vorliege, welcher eine von den festgesetzten Obergrenzen abweichende Entscheidung rechtfertige. Die Beklagte berief sich auf die Verbindlichkeit der Höchstbeträge der Beihilfeverordnung.

Das Verwaltungsgericht gab dem Begehren des Klägers statt. Zur Begründung hat das Gericht im Wesentlichen ausgeführt, dass die Beklagte im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht dafür Sorge zu tragen habe, einen angemessenen Lebensunterhalt der Beamten und ihrer Familien auch in besonderen Belastungssituationen wie Krankheit oder Pflegebedürftigkeit sicherzustellen. Dies erfordere, dass Beamte in diesen Lebenslagen nicht mit erheblichen finanziellen Aufwendungen belastet bleiben, die sie nicht mehr in zumutbarer Weise aus ihrer Alimentation bestreiten können. Vor diesem Hintergrund könne sich die Beklagte

nicht auf festgelegte beihilfefähige Höchstbeträge zurückziehen, wenn die notwendige medizinische Versorgung Mehrkosten verursache und der Betroffene diese nicht in zumutbarer Weise selbst aufbringen könne. Für solche Fälle sei eine abstrakt-generelle Härtefallregelung erforderlich, die die Beihilfeverordnung jedoch nicht enthalte und die auch nicht im Wege einer entsprechenden Anwendung (Analogie) in diese hineingelesen werden könne. Ohne Härtefallregelung verstoße der festgesetzte Höchstbetrag gegen die durch Art. 33 Abs. 5 GG gewährleistete Fürsorgepflicht des Dienstherrn und damit gegen höherrangiges Recht.

Gegen das Urteil steht den Beteiligten die Berufung bei dem Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz zu. Das Verwaltungsgericht hat die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache zugelassen.

(Verwaltungsgericht Koblenz, Urteil vom 2. Februar 2010, 2 K 729/10, KO)
PM 08/2011 des VG Koblenz

Ankündigung

Personalräte-Schulungen des VDR im Mai 2011

Örtliche Personalräte an Realschulen plus, Integrierten Gesamtschulen, Realschulen und Hauptschulen werden regelmäßig auf VDR Personalräteschulungen über aktuelle Fragestellungen der Personalratsarbeit informiert und erwerben das nötige Grundwissen zur kompetenten Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Tagungsthemen im Mai 2011 werden neben der Behandlung allgemeiner Fragen zur Arbeit der Örtlichen Personalräte (Jahresplan der ÖPR Arbeit, 3. und 4. Quartal)

Mitwirkung, Mitbestimmung, Beteiligung, Begriffe aus dem Personalvertretungsrecht praktisch angewandt, Teilzeit und Beurlaubung, Mehrarbeit, Personalbedarf, Abordnung, Versetzung, Statistik sein.

Ferner ein Bereich des Landespersonalvertretungsgesetzes und als besonderer Schwerpunkt das Personalaktenrecht.

In Frankenthal wird Herr Klaus Kessler, Referatsleiter im Ministerium des Inneren und für Sport, Experte im Personalaktenrecht, ein Referat zu diesem Thema halten.

Bezirk Trier	10.05.2011	Mertesdorf, Hotel Weis
Bezirk Koblenz	11.05.2011	Waldesch, Hotel Rosenhof
Bezirk Neustadt	25.05.2011	Frankenthal, Congressforum

Ausschreibung und Einladungen werden den Örtlichen Personalräten rechtzeitig vorher zugesandt.

Auch herunterladbar von der VDR-Homepage: www.realschule-vdr.de

Ansprechpartner:



Timo Lichtenthäler

Ref.: Delegierte, Newsletter, Integration / Inklusion
Lichtenthaeler.Timo@vdr-rlp.de



Hanns Peters

Bezirksvorsitzender Trier
Ref.: Personalvertretungsrecht/
Personalräteschulung
Peters.Hanns@vdr-rlp.de



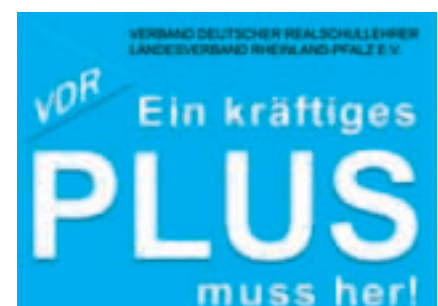
Martin Radigk

Mitgliederverwaltung/Landeskassierer
Ref.: Besoldungs-/Versorgungsrecht
Radigk.Martin@vdr-rlp.de



Örtliche Personalräte fragen - der VDR antwortet
(Archivfoto Personalräteschulung 24.11.2010 in Speyer)

Personalräteschulungen des VDR informieren über aktuelle Fragestellungen und vermitteln Grundwissen zur kompetenten Wahrnehmung der Personalratsaufgaben.



Tarifabschluss Landesbeschäftigte

Komplizierter Balanceakt gelungen, aber...

Für Einige unerwartet, angesichts der kommenden Landtagswahlen aber nicht wirklich überraschend, hat sich die dbb tarifunion mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 10. März 2011 in Potsdam in der dritten Verhandlungsrunde auf einen Tarifkompromiss für die Landesbeschäftigten verständigt.

dbb Verhandlungsführer Frank Stöhr hat den am 10. März 2011 in Potsdam erzielten Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder positiv bewertet:

„Uns ist ein komplizierter Balanceakt gelungen, der einerseits der Haushaltslage der Beschäftigten gerecht wird, für die es nach Jahren der Reallohnverluste keine weitere Minusrunde hätte geben dürfen. Andererseits haben wir mit dem Kompromiss auch der angespannten Lage der Länderhaushalte Rechnung getragen. ...“

Die wichtigsten Regelungen der Einigung im Überblick:

Einkommenserhöhungen

Gewerkschaften und Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) haben sich auf eine Einmalzahlung für die Beschäftigten in Höhe von 360 Euro, sowie eine lineare Erhöhung von 1,5 Prozent zum 1. April 2011 und 1,9 Prozent (plus einem Sockelbetrag von 17 Euro) ab 1. Januar 2012 geeinigt.

Es wurde eine Laufzeit von 24 Monaten bis Ende Dezember 2012 vereinbart.

Stöhr: „Ein reales Einkommensplus – das war unser wichtigstes Ziel, und das haben wir erreicht. Jetzt gehe es



um die Gleichbehandlung der Beamten in Ländern und Kommunen. Der materielle Gehalt der Tarifeinigung muss zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich übertragen werden.“

Altersteilzeit

Auf landesbezirklicher Ebene können aufgrund einer neuvereinbarten Öffnungsklausel Tarifverhandlungen zur Altersteilzeit im Rahmen der Vorgabe des Altersteilzeitgesetzes geführt werden.

Übernahme Auszubildende

Die Tarifvertragsparteien wollen darauf hinwirken, dass Auszubildende nach TVA-L BBiG nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung für mindestens zwölf Monate in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Lehrkräfte

Für den Lehrkräftebereich waren die Arbeitgeber zu einer akzeptablen Tarifierung der Eingruppierungsregelungen nicht bereit. Stattdessen konnten die Gewerkschaften durchsetzen, dass die Regelung des § 17 Absatz 1 TVÜ-L, wonach die bisherigen Eingruppierungsregelungen einschließlich des Verweises auf die Arbeitgeberrichtlinien für den Lehrkräftebereich weitergelten, für den Lehrkräftebereich gesondert zum 1. Januar 2012 gekündigt werden kön-

nen. Damit wird die Vorschrift des § 30 Absatz 4 TVÜ-L, wonach die Verweise auf die Eingruppierungsregelungen nur insgesamt gekündigt werden können, modifiziert. Im Ergebnis bedeutet dies, dass ab dem 1. Januar 2012 eigenständige Arbeitskämpfmaßnahmen mit dem Ziel einer Tarifierung der Lehrereingruppierungsregelungen geführt werden können.

Die Arbeitgeber haben zugesichert, die materiellen Regelungen im Bereich der Bewährungsaufstiege in den Arbeitgeberrichtlinien für die Lehrkräfte bis einschließlich EG 9 nachzuvollziehen.

Die dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz zum Kompromiss: „An dem Ergebnis lässt sich ablesen, dass sich beide Seiten die Sache nicht leicht gemacht haben. Auch die Länder zeigten letztlich eine gehörige Portion Einigungswillen. Da kann man mal sehen, was gewerkschaftlicher Druck durch flächendeckende Protest- und Warnstreikmaßnahmen bringen kann. Ich danke allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern ausdrücklich für ihre Unterstützung dabei.“

Dass eine geschlossene Haltung der Beschäftigten den Ausgang von Tarifverhandlungen beeinflussen kann,



Lilli Lenz, dbb Landesvorsitzende

bewies die große Resonanz auf den Aufruf zur Teilnahme an der Protestveranstaltung des dbb RLP gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Mehr als 2000 Beschäftigte des öffentlichen Landesdienstes, darunter viele Lehrerinnen und Lehrer unter Beteiligung einer Delegation des VDR RLP versammelten sich am 2. März nach einem Protestmarsch durch die Mainzer Innenstadt auf dem Deutschhausplatz zu einer Protestkundgebung.

Anlass war die zu diesem Zeitpunkt noch starre Haltung der in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder zusammengeschlossenen Arbeitgeber. Diese hatten am 25. Februar noch die zweite Runde der Tarifverhandlungen ohne Vorlage eines konkreten Angebots verlassen.

„Das erzielte Ergebnis ist ein Zeugnis für sachlichen Konfliktaustrag mit Augenmaß. Aus Einmalzahlungen, Linienanpassungen und Sockelbeträgen ergibt sich durchschnittlich eine Einkommenssteigerung von 2,3 Prozent im laufenden Jahr und weiteren 2,8 Prozent in 2012. Das ist angesichts der öffentlichen Kassenlage in Ordnung und für die Kolleginnen und Kollegen ein wirkliches Plus im Portemonnaie.

Dass in der Frage der Eingruppierung der Lehrkräfte keine Einigung erzielt werden konnte, ist dagegen nicht in



Auch die Demo in Mainz am 2. März wirkte nachhaltig

Ordnung. Immerhin sind aber die Weichen für eine spezielle Verfolgung der Lehrkräfteinteressen gestellt worden. Zunächst setzt sich der dbb rheinland-pfalz auf Landesebene jetzt entscheiden dafür ein, dass der gefundene Augenmaß-Kompromiss zeit- und deckungsgleich auf die Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten übertragen wird. Noch vor der Landtagswahl wollen wir sehen, was der Landesregierung und der Politik der Bezahlungsgleichklang im öffentlichen Dienst wert ist.“

Anmerkung: Die Landesregierung hat dieser Forderung bereits Rechnung getragen und die Übertragung auf den Beamtenbereich am 11.3. angekündigt.



Martin Radigk

Landeskassierer
Ref.: Besoldungs-/Versorgungsrecht
Radigk.Martin@vdr-rlp.de



Wolfgang Wünschel

Stv. Landesvorsitzender, VDR-Handbuch
Wuenschel.Wolfgang@vdr-rlp.de

Landesbeamtengesetz 2012: Das Sabbatjahr

Eine kursorische Durchsicht der ab dem kommenden Jahr wirksamen Novellierung des Landesbeamtengesetzes warf die Frage auf, wo denn das Sabbatjahr geblieben sei. Der frühere Paragraph 80 a (4) geht dann im § 75 auf, aber in diesem Paragraphen findet sich vom Sabbatjahr keine Spur...

Aufklärung lieferte der Justitiar unseres Dachverbandes dbb, Malte Hestermann:

Das Sabbatjahr lebt und kann weiterhin genommen werden. Es hat nur einen neuen Platz gefunden. Dienstrechtlich ist es jetzt folgendermaßen geregelt:

In der amtlichen Begründung zum Regierungsentwurf (Landtags-DrS 15/4465) des neuen LBG heißt es auf Seite 110, rechte Spalte unten:

"Die die Verteilung der Arbeitszeit betreffende Regelung im bisherigen § 80 a Abs. 4 wird durch § 133 Nr. 2 Buchst. b (Anm.: des LBG v. 20.10.2010) in die Arbeitszeitverordnung verlagert."

Die Arbeitszeitverordnung erhält in ihrem § 5 demnach einen neuen Absatz 3:

"Abweichend von Absatz 2 darf die Freistellung

1. bis zu einem Jahr umfassen, wenn sie an das Ende einer mindestens zwei Jahre dauernden Teilzeitbeschäftigung gelegt wird, die spätestens zwei Jahre vor der gesetzlichen Altersgrenze (§ 37 LBG) endet,

2. bis zu siebeneinhalb Jahre umfassen, wenn sie an das Ende einer Teilzeitbeschäftigung gelegt wird, die sich bis zum Beginn des Ruhestands erstreckt, soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen."



Hanns Peters

Bezirksvorsitzender Trier
Peters.Hanns@vdr-rlp.de

Fahrt zur didacta

Die didacta ist eine Fahrt nach Stuttgart wert – so dachten sich 25 Kolleginnen und Kollegen, die am 26.02.2011 an der VDR Fahrt zur Bildungsmesse didacta in Stuttgart teilnahmen.

Der VDR Bezirk Neustadt stellte den Bus, die Verlage Cornelsen, Klett und Raabe unterstützten uns großzügig mit Freikarten – so konnten wir uns auf einen angenehmen Tag in Stuttgart freuen.

In Halle 1 forderten die Stände der Verlage zum Stöbern nach neuen Unterrichtsmaterialien auf, Vorführungen der Whiteboards ermöglichten Informationen über das neue Unterrichtsmedium und eine Reihe von Foren luden zu Vorträgen und Diskussionen über Themen der Didaktik und Erziehungswissenschaft, Bildungs- und Tarifpolitik ein.



Mit reicher ‚Beute‘ – materiell und ideell - wurde schließlich der Heimweg nach Speyer angetreten.

Bildungsmesse in Zahlen

Die Didacta hat am Samstag mit einem Rekordergebnis geschlossen – zumindest für den Messestandort Stuttgart. Die Organisatoren der Bildungsmesse zählten rund 95.000 Besucher vom 22. bis 26. Februar.

Auch bei den Ausstellern hatte die nach eigenen Angaben weltweit größte Veranstaltung rund um die Themen Lernen und Bildung eine Höchstmarke verzeichnet (864 Aussteller und 85 zusätzlich vertretene Unternehmen).

Zum Vergleich: In Köln kamen zur Didacta 2010 rund 109.000 Besucher; 846 Aussteller und 29 zusätzlich vertretene Unternehmen präsentierten sich am Rhein.

Andreas Baer, Geschäftsführer des VdS Bildungsmedien e. V. (Mit-Träger der Didacta), zeigte sich zufrieden: „Die Messe hat sich erneut als zentraler Bildungsgipfel erwiesen. Alle am Bildungsprozess Beteiligten nutzten wieder die Chance, die Weiterentwicklung schulischer und beruflicher Pädagogik zu diskutieren. Unsere Verbandsmitglieder sind mit dem Verlauf dieser Veranstaltung sehr zufrieden.“ Weitere Ergebnisse der Messe-Analyse:

Das Einzugsgebiet der Messe in Stuttgart ist breiter geworden: 34% der Besucher (2008: 35%) kommen aus der



Dass ab kommendem Schuljahr mit der Fachoberschule eine berufsbildende Schule an die Realschule plus gekoppelt wird, war für VDR-Besoldungsreferent Martin Radigk Grund genug, sich bei Ausstellern umzusehen, die berufsweltbezogene Angebote präsentierten.

Region Stuttgart, 46% (2008: 42%) legen mehr als 100 Kilometer zurück, um die Bildungsmesse zu besuchen.

Die wichtigsten Besuchergruppen: Lehrer (41%), Schulleiter (7%), Erzieherinnen (13%) und Ausbildungsverantwortliche aus Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen (7%).

Die meisten Besucher interessieren sich für Lehr- und Arbeitsmittel (55%; 2008: 67%), Lernmittel/Schulbücher (55%: 2008: 54%) und Fachliteratur/

Verlagserzeugnisse (36%; 2008 38%). Die Nachfrage nach Multimedia/Medien war gegenüber 2008 unverändert hoch (30%). Auch Ausstattungen/Einrichtungen (24%; 2008: 23%) und Fort- und Weiterbildungsangebote (21%; 2008: 27%) waren stark gefragt.

http://www.buchreport.de/nachrichten/verlage/verlage_nachricht/datum/2011/02/28/bildungsgipfel-inzahlen.htm

Lernmittelfreiheit

Die Aufgabenverteilung zwischen Schulträgern und Schulen ist eindeutig geregelt!

Das Bildungsministerium hat für Schulträger und Schulen ein umfangreiches Kompendium auf dem Bildungsserver unter LMF-Online veröffentlicht, das detailliert die jeweiligen Aufgaben im Rahmen der Lernmittelfreiheit darstellt. Damit wurde einer VDR-Forderung nach einer verbindlichen Regelung bezüglich der Aufgabenverteilung entsprochen.

Im Folgenden stellen wir die Aufgabebereiche im Überblick kurz dar:

Die Schulträger haben folgende Aufgaben zu leisten:

1. Allgemeine Aufgaben der Schulbuchausleihe, darunter

- a) Errichten von Servicestellen
- b) Inventarisierung der Lernmittel
- c) Lagerung der Lernmittel
- d) Ausgabe der Lernmittel
- e) Rücknahme der Lernmittel
- f) Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen
- g) Korrektes Verhalten beim Wechsel der Schulträgerschaft
- h) Verwendungsnachweise für die Abrechnung gewährter Landesmittel zum Erwerb von Lernmitteln und die Abrechnung der Verwaltungskostenpauschale

2. Lernmittelfreiheit
Bearbeitung und Entscheidung der Anträge auf Lernmittelfreiheit

3. Entgeltliche Ausleihe
Einzug der Leihentgelte

Aufgaben der Schulen sind:

1. Information der Eltern
2. Prüfung der Schülerdaten
3. Erstellung klassenbezogener Schulbuchlisten
4. Zuordnung von Schülerinnen und Schülern zu Lerngruppen
5. Bestellung der Lernmittel im Einvernehmen mit dem Schulträger



Wilfried Rausch

Stv. Landesvorsitzender
Ref.: Dienst- und Schulrecht
Rausch.Wilfried@vdr-rlp.de

Pressegespräch: VDR meets TV

Die Mitglieder des Trierer Bezirksvorstands (Hanns Peters, Erwin Schneider, Gerhard Klein) und Wolfgang Häring, Landespressesprecher des VDR, trafen sich mit Dieter Lintz, dem Leitenden Redakteur des Trierischen Volksfreunds, zu einem Pressegespräch.

In einem offenen Austausch wurde die Schulstrukturänderung sowie die damit verbundenen Belastungen für Lehrkräfte und Schulleitungen thematisiert. Gesprächsthema bildete auch die Unterrichtsversorgung und die Problematik des Einsatzes von Vertretungskräften mit unzureichender Ausbildung.

„Nicht nur eine schlechte Nachricht ist eine gute Nachricht“, so Hanns Peters mit Verweis auf die Überschrift eines TV-Artikels, der kürzlich über eine Schule im Raum Trier berichtete. Es gelte, auch die Anstrengungen der Schulen hinreichend zu würdigen und positiv zu berichten.

Größeren Raum nahm im Gespräch auch die Fachoberschule an der Realschule plus ein. Dieter Lintz zeigte sich



Dieter Lintz, Hanns Peters, Erwin Schneider, Wolfgang Häring, Gerhard Klein

interessiert. Wünschenswert ist, dass die Schulträger in der Region Trier diesem Modell mit Offenheit begegnen.



Hanns Peters

Bezirksvorsitzender Trier
Peters.Hanns@vdr-rlp.de

Lehrer am Limit

Gegensteuern und Durchstarten

Dr. Elisabeth Gläßer, Diplompsychologin, Psychologische Psychotherapeutin, ist an der ADD in Trier für das Projekt Lehrergesundheit verantwortlich. Sie empfiehlt den Lesern von RSiRP ein Buch von Heike Frank „Lehrer am Limit“.

Lesetipp:

Perspektivwechsel vom „Lehrer am Limit“ zur Ressourcenorientierung

Aus ihrer Berufserfahrung als Gymnasiallehrerin und Gestalttherapeutin schöpfend veröffentlicht Heike Frank im Beltz Verlag das Buch „Lehrer am Limit“.

Es zielt auf Lehrkräfte, die einen angemessenen Umgang mit ihren beruflichen Belastungen suchen und eine Professionalisierung des Lehrerberufes besonders als Beziehungsberuf anstreben.

Im ersten Teil wird eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Anforderungen an Lehrkräfte geleistet, sowohl auf der Basis von Studienergebnissen zur Lehrergesundheit und deren Gefährdungen als auch aus subjektiven Beobachtungen erlebter Belastungsgrenzen. Anhand praxisnaher Beispiele sensibilisiert die Autorin für Ansatzpunkte gegen Erschöpfung und Überforderung und unterstreicht die Eigenverantwortung für gesundheitsförderliches Verhalten. Um ein solches gesundes Verhältnis zur Arbeit als Lehrer zu finden, beschreibt Frank eine klare eigene Standortbestimmung innerhalb des Leistungssystems Schule und eine bewusste Verantwortungsübernahme für die Berufswahl als zentrale Notwendigkeiten realistischer Selbsteinschätzung. Neben den eigenen Fähigkeiten wird der Blick auch auf die professionelle pädagogische Haltung als gemeinsame Aufgabe des Kollegium gerichtet, vor allem hinsichtlich der Handlungsmöglichkeiten von Schulen, die den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen gerecht werden sollen.

Der zweite Teil stellt umfangreich in der Praxis erprobte Veränderungsmöglichkeiten vor, die Kraftquellen für Arbeitszufriedenheit und berufliche

Gesundheit aufzeigen. Diese Ansätze orientieren sich an aus Selbstmanagementkonzepten (z. B. von Kanfer) bewährten Regeln. So wird z. B. auf Lösungsorientierung gezielt, wenn zur Verbesserung der Kommunikation mit Kollegen Supervision angeregt wird, Potentialförderung vorgeschlagen, wenn Rituale zur Identifikationsförderung dargestellt werden oder die Realisierung kleiner Schritte vorgeschlagen, wenn es um die Entwicklung einer gemeinsamen pädagogischen Sprache geht. Erprobte konstruktive Bewältigungsschritte sollen so bisher erfolglose Bewältigungsversuche ersetzen und erwünschte Verhaltensabläufe hervorbringen.

Die Textgestaltung verbindet die theoretischen Überlegungen mit berufsfeldbezogenen Übungsvorschlägen, Fragen zum Nachdenken, Fallbeispielen und sehr anregenden, vielgestaltigen Lektürevorschlägen zum Weiterlesen, so dass die Lehrkräfte sich sicher persönlich angesprochen fühlen werden. Es wird auch deutlich, dass die eigene Situation regelmäßig reflektiert werden sollte und präventive Psychohygiene als berufsbegleitender Prozess umzusetzen wäre.

Die Fähigkeit eines adäquaten Umgangs mit beruflichen Belastungen wird als Teil der Professionalisierung angesehen, wobei vor allem die Chancen einer offeneren Thematisierung individueller beruflicher Belastungen unter Kollegen und in Kollegien verdeutlicht werden. Bisher noch zu wenig oder nicht genutzte Potenziale, die die Arbeit erleichtern könnten, werden daher vor allem auf der Ebene der konkreten Entwicklung der eigenen Schule dargestellt.



Dr. Elisabeth Gläßer

Die bisher eher vernachlässigte Perspektive der Sicht engagierter Lehrkräfte auf die Belastungsbewältigung im Schulalltag begünstigt die Übertragbarkeit der Strategien auf den Schulalltag der Leser.



Heike Frank: Gestalttherapeutin und Lehrerin
ISBN 978-3-407-62724-7, 1. Auflage,
ca. 192 Seiten, broschüriert
Lehrer am Limit - Gegensteuern und durchstarten
<http://www.heike-frank-gestalttherapie.de/>

Der VDR gratuliert und wünscht Gesundheit und Gottes Segen für das neue Lebensjahr!

Bezirk Koblenz



100. Geburtstag
am 01.05. Gustav Kühnle
Nastätten

85. Geburtstag

am 26. 05. Helmut Rohrbach
Linz

78. Geburtstag
am 13. 04. Herbert Simons
Bad Neuenahr-Ahrweiler

77. Geburtstag
am 28. 04. Herbert Flögel
Montabaur

75. Geburtstag
am 24. 04. Dr. Wolfgang Schaefer
Diez

am 24. 05. Ludwig Herzmann
Höhr-Grenzhausen

74. Geburtstag
am 16. 04. Hannelore Mannheim
Mülheim-Kärlich

am 28. 04. Rudolf Lamerz
Horhausen

am 13. 05. Hubert Heinrichs
Koblenz

73. Geburtstag
am 26. 05. Lothar Bellinger
Emmelshausen

am 26. 05. Günter Jung
Idar-Oberstein

72. Geburtstag
am 30. 04. Christa Henrichs
Mülheim-Kärlich

71. Geburtstag
am 02. 04. Horst Neumeyer
Hoehn

am 12. 05. Helmut Schlabach
Freusburg

70. Geburtstag
am 01. 04. Brigitte Burth
Montabaur

am 22. 04. Marlene Breil
Remagen

Bezirk Neustadt

87. Geburtstag
am 22. 04. Martha Hollinger
Pirmasens

84. Geburtstag
am 14. 04. Joachim Diery
Waldfishbach-Burgalben

79. Geburtstag
am 05. 04. Richard Scherer
Zweibrücken

78. Geburtstag
am 18. 05. Helmar Stoppelkamm
Niedernhausen

76. Geburtstag
am 19. 04. Karl Gerd Scheidt
Neustadt / W

am 08. 05. Günther Ableiter
Speyer

am 17. 05. Werner Brandt
Bingen

75. Geburtstag
am 01. 05. Ignaz Hampel
Rockenhausen

73. Geburtstag
am 17. 05. Gerhard Kaufmann
Landau

72. Geburtstag
am 01. 04. Mechthild Töpfer
Höxter

am 10. 04. Brigitte Minarech
Frankenthal

am 16. 05. Walter Döring
Eisenberg



70. Geburtstag
am 12. 04. Horst Jurczyk
Heidesheim

am 26. 04. Manfred Merz
Mainz

am 30. 05. Klaus Müller
Bad Dürkheim

Bezirk Trier

84. Geburtstag
am 03. 04. Günther Faber
Konz

74. Geburtstag
am 19. 05. Bruno Thomas
Prüm

72. Geburtstag
am 10. 04. Hartmut Guckert
St. Ingbert
am 12. 04. Josef Braun
Irsch

**Wir bitten um Entschuldigung,
falls wir Geburtstage im Zeit-
raum 1. April bis 31. Mai 2011
übersehen haben.**

VDR-Service:

Informelle Pensionsberechnung

- Wie wirkt sich ein Sabbatjahr auf meine Versorgung aus?
- Ich habe mehrere Jahre wegen Kindererziehung ausgesetzt und dann reduziert gearbeitet. Welche Pension kann ich erwarten?
- Ich will die Antragsaltersgrenze nutzen – welche Abschläge fallen an?

Diese und andere Fragen stellen sich viele Kolleginnen und Kollegen.

Der VDR bietet eine informelle Berechnung des Pensionsanspruches mit der Möglichkeit von Simulations-

berechnungen an.

So erhalten Sie verlässliche Informationen über Ihre Pensionsansprüche auf Basis der derzeit geltenden Rechtslage.

Dieser Service ist für VDR-Mitglieder kostenlos. Auf unserer Homepage finden Sie das Formular zur Pensionsberechnung: <http://www.vdr-rlp.de>



Martin Radigk

Landeskassierer
Ref.: Besoldungs-/Versorgungsrecht
Radigk.Martin@vdr-rlp.de

B E I T R I T T S E R K L Ä R U N G

**Verband Deutscher Realschullehrer
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im Sekundarbereich
Landeskassierer Martin Radigk
Nachtigallenweg 55
67346 Speyer**

Tel.: 06232/40444
Fax: 06232/1213318
E-Mail: landeskassierer@vdr-rlp.de

Name	Vorname	Dienstbezeichnung	Geb.-Datum
Straße	PLZ	Wohnort	Telefon / Telefax / E-Mail
Schule/Dienststelle		Prüfungsfächer	

Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A16 A15 A14 A13 A12 BAT ...

Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit ____ Wochenstunden

Ich bin Lehramtsanwärter/in Mein/e Ehepartner/in ist bereits VDR-Mitglied

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VDR Rheinland-Pfalz e.V.

Mein Eintritt soll zum 1. _____ 20____ erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der Beitragsordnung vom 3. November 2009. Gleichzeitig gebe ich dem Landeskassierer widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u.g. Kontos. Mit der Speicherung meiner o.g. Daten ausschließlich für VDR-interne Zwecke bin ich einverstanden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
Ort	Datum	Unterschrift

Die VDR-Beitrittserklärung finden Sie auf der VDR-Homepage unter: www.realschule-vdr.de

VDR-Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55% vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Ab 01.04.2010 gilt folgende Beitragsstaffelung:

	Gehaltsstufe		Monatsbeitrag
Beamte	A 16		15,50 €
	A 15		14,50 €
	A 14		13,00 €
	A 13		12,00 €
	A 12	oder darunter	11,00 €
	A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,00 €
	A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	9,00 €
	A12/A13	Teilzeit bis 14 Wstd.	8,00 €
	Lehramtsanwärter		6,00 €
	Pensionäre		6,00 €
Ehegatten	bei einem Vollzahler zahlt der Ehegatte		6,00 €
Angestellte	TV-L	Vollbeschäftigung	10,00 €
	TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	8,00 €
	TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	7,00 €
	Rentner		6,00 €

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich.

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15 – 21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Altersteilzeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.

Ehegatten, Beurlaubte, Pensionäre, LAA

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A13. Dieser Beitrag gilt auch für Ehepaare bei Mitgliedschaft beider Ehepartner (ein Vollzahler + 6 €).

Lehramtsanwärter-Spezial

Durch Beschluss des Landeshauptvorstandes vom 18.08.2009 ist die Mitgliedschaft für LAA (Einstellungsdatum 01.08.2009 bis 01.02.2011) für die Dauer des Vorbereitungsdienstes kostenfrei.

Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlichen Daten

Editorial _____ 2

Schulpolitik

Leitartikel: Ein kleiner Regierungswechsel? _____ 3

3. VDR-Fachkongress Realschule plus, Ingelheim

Schule – was ist das? _____ 4

Ansprache des Landesvorsitzenden: Bildung ist das, was übrigbleibt... _____ 4

Ansprache der Bildungsministerin _____ 8

Prof. Dr. Rainer Dollase: Alles in einem Klassenraum? _____ 9

VDR Umfrage zum Schulalltag _____ 10

Podiumsdiskussion mit den bildungspolitischen Sprechern der Landtagsparteien _____ 13

Realschule plus in den Mittelpunkt gerückt _____ 14

VDR im Gespräch mit MdL Bettina Brück, SPD _____ 16

Fachoberschulen starten durch _____ 17

VDR im Gespräch mit den Handwerkskammern _____ 18

Pressegespräch: VDR meets TV _____ 27

Lehrerbildung und Studienseminare

Anerkennung von Hochschulprüfungen als Erweiterungsprüfung _____ 20

Europäischer Computerführerschein _____ 21

didacta 2011 _____ 26

Personalvertretung

Ankündigung: Personalräteschulungen in allen Bezirken _____ 23

Lehrergesundheit

Lesetipp: Lehrer am Limit _____ 28

Recht

Schulbauten _____ 22

Beihilfefähige Aufwendungen _____ 22

Tarifabschluss für Landesbeschäftigte _____ 24

Sabbatjahr _____ 25

Lernmittelfreiheit _____ 27

VDR intern

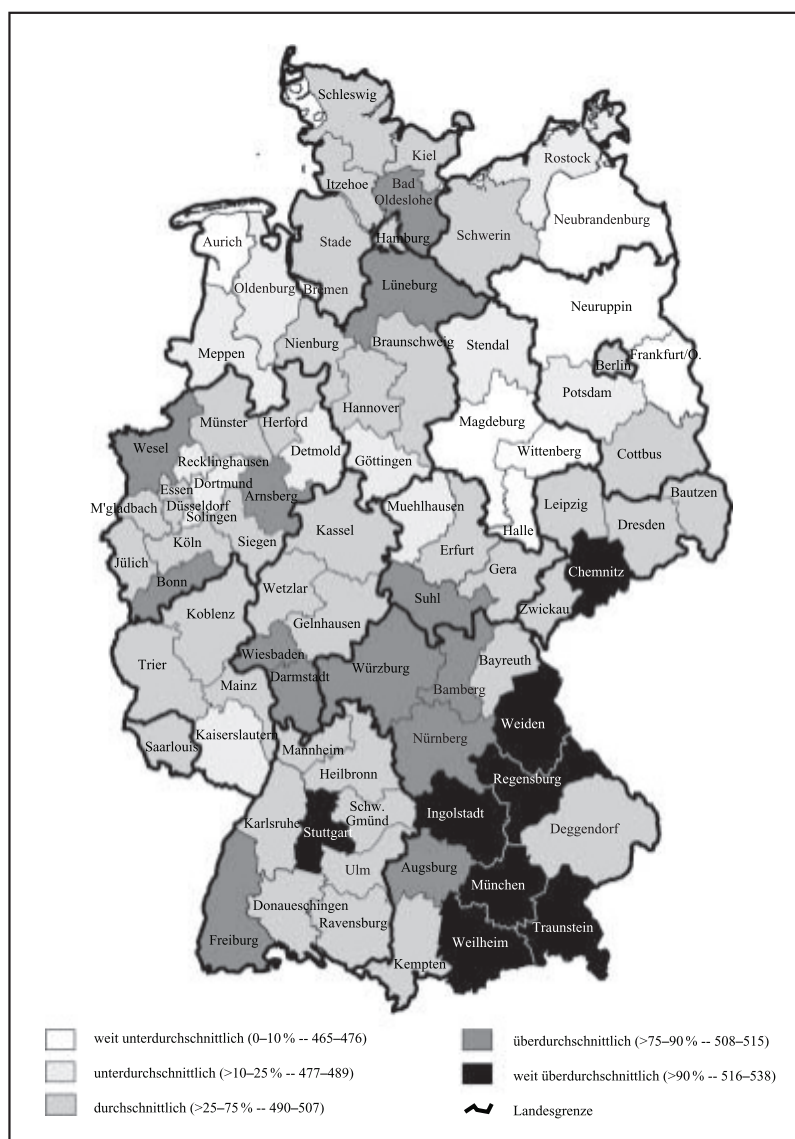
Informelle Pensionsberechnung _____ 29

Beitrittserklärung _____ 30

Persönliches

Der VDR gratuliert zum Geburtstag _ 29

Verteilung des IQ in der Bundesrepublik



Aus Politik und Zeitgeschichte B 6-7/2003

VDRFür alle Lehrkräfte
der Sekundarstufe I

Das bietet der VDR

➔ Dienstpflcht

Die Dienstleistungen umfassen
 1.000.000 € Gehalt für Familien mit 2-4 Kindern
 50.000 € für Verdienste über
 50.000 € bei Verlust von Dienstleistungen
 1.000 € für Schüler als Ergänzung der Schule

➔ Rechtsschutz und Rechtsberatung

Der VDR bietet die besten Schul- und Personalrechtlichen Fragen
 bei Problemen von **grundsätzlich** Beratung gewährt der VDR
 auf Antrag über den VDR kostenlosen Rechtsschutz.

➔ VDR – Handbuch für Lehrerinnen und Lehrer

ca. 1.000 Seiten in 2 Ringbuchbänden
 Sie erhalten das Handbuch beim Eintritt in
 den VDR als Begrüßungsheft.

➔ Zeitschriften und Kalender

- **Realschule Rheinland Pfalz**
Die Zeitschrift des VDR-Landesverbandes r.v.
- **Realschulen in Deutschland**
Die Zeitschrift des VDR-Bundesverbandes
- **Teachen, Teach und Wechselbände**

➔ VDR Homepage

- aktuelle Informationen
- wichtige Hinweise
- Anzeigen

www.realschule-vdr.de

! befristete Aktion:
 Eine **beitragsfreie** Mitgliedschaft für
 Realschullehrerinnen und -anwärter

VDRFür alle Lehrkräfte
der Sekundarstufe I

Das sind die Ziele des VDR

● Beibehaltung des Beamtenstatus

Der VDR setzt sich ein für die Beibehaltung der notwendigen Voraussetzung für
 öffentliche Beschäftigung.

● Personalvertretung für alle Schulformen

Der VDR setzt sich ein für die Personalvertretung der Lehrkräfte an Realschulen,
 Fachschulen Plus und Hauptberuflich der Personalvertretungen.

● Begabungsgerechte Förderung

Der VDR setzt sich ein für eine begabungsgerechte Leistungsförderung in
 der verschiedenen Bildungsgängen (Berufshilfe - Sekundarstufe I)

● Weiterentwicklung von Schule

Der VDR setzt sich ein für eine leistungsfähige Realschule Plus
 und Realistische Schulentwicklung.

VDR Ein kräftiges
PLUS
 muss her!

! Für den VDR ist die Eintragung aller Lehrkräfte an den
 Realschulen plus in die Berufsgruppe A15 eine wichtige
 Voraussetzung für die Schulstruktur.

! Der VDR fördert grundsätzlich die Eintragung der
 Realschullehrkräfte in die Berufsgruppe A15.